

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 20. Oktober 1900.

Inserate die dreispaltige Zeile ober deren Raum 80 J.

Redaktion und Expedition:

Nürnberg, Poststraße Nr. 9.

**Inhalt:** Was haben die Arbeiter während der Krise zu thun? — Die Verhältnisse im Schmiedegewerbe in Bayern. — Der Vertragsbruch in der amtlichen Streitstatistik. — Die Abbecker Streitposten-Verordnung ungültig! — Vom Arbeitsminister Willerand. — Ursachen der Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter. — Mitteilungen aus der Metall-Industrie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allg. Kr.- u. St.-R. der Metallarb.: Bekanntmachung des Vorstandes. — An die Ortsverwaltungen des Agitationsbezirks Schleswig-Holstein, Lübeck und Lauenburg. — Die Reform der Bäderverordnung. — Rundschau. — Aus anderen Berufen und Organisationen. — Gerichtszeitung. — Literarisches.

die Masse des Volkes und der Konsumenten ausmachen und der zeitweilige Eintritt von Krisen ist daher eine so selbstverständliche Sache, eine Sache der einfachsten Logik, daß sie am Anfange eines Aufschwunges schon mit aller Sicherheit vorausgesagt werden kann.

Das Problem ist eben der Ausgleich der Produktions- und Konsumtionskräfte, die Herbeiführung der Uebereinstimmung beider. Während der Krise wird hierzu der Versuch gemacht durch die Einschränkung der Produktion. Was ist aber die Folge davon? Die weitere Herabminderung der Kauf- und Konsumtionskraft der Arbeiter, die entweder ganz arbeitslos gemacht sind und gar keinen Verdienst haben, oder die in Folge von Lohnreduktionen oder ungenügender Beschäftigung wenig verdienen. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion bleibt also fortbestehen, nur sein Umfang ist relativ verringert. Die eingetretene Krise wird auf diese Weise nicht aufgehoben, sondern verschärft und es tritt eine Versumpfung des wirtschaftlichen Niederganges ein, der erfahrungsgemäß Jahre lang anhält und für die Arbeiterschaft mit Noth und Entbehrung, Hunger und Elend, Kummer und Sorge verbunden ist.

Wie sollen sich dazu die Arbeiter verhalten? Sie sollen in allen Fällen Stellung nehmen und durch schriftliche oder mündliche Vorstellungen die Geschäftsleitung zu veranlassen suchen, die etwa notwendig gewordene Betriebseinschränkung nicht durch die Entlassung eines Theiles der beschäftigten Arbeiter zu bewirken, sondern durch Einschränkung der Arbeitszeit, sei es in Gestalt der Reduktion der täglichen Arbeitszeit oder der Reduktion der Zahl der wöchentlichen Arbeitstage. Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, die zur Reduktion der Arbeitslöhne führt, sollte in allen Fällen energig Stellung genommen werden, bezugnehmend aber auch gegen jede Reduktion der Arbeitslöhne.

Man bleibe sich dessen immer bewußt, daß die Dauer der täglichen Arbeitszeit und die Höhe der Arbeitslöhne, so unbefriedigend sie in den meisten Betrieben noch sein mögen, doch so, wie sie sind, die direkten und indirekten Errungenschaften unserer langjährigen Kämpfe darstellen. Diese Errungenschaften, die riesige Opfer an Geld, an Existenzen, an persönlicher Freiheit, an Energie und Thatkraft, an Intelligenz und Arbeit gekostet haben, müssen als ein heiliges Gut verteidigt und festgehalten werden; „kein Zurück!“ — so sollte die Parole während der Krise gegenüber allen Verschlechterungsgelüsten der Unternehmer lauten.

Man vergeße auch nicht, daß während der verfloßenen Prosperitätsperiode zahlreiche Kämpfe darum geführt werden mußten, bereits früher Errungenes, das aber von den Arbeitern nicht hochgehalten worden war, wieder zu erlangen und durchzuführen. Man kämpfte, um bestehende Tarife, die aber von Niemanden mehr beachtet worden, wieder zur Geltung zu bringen. Das sind lehrreiche Vorgänge in der Geschichte der Arbeiterbewegung, die besonders in kritischen Zeiten beherzigt werden sollten.

Wir bewegen uns auf diese Weise Jahrzehnte hindurch immer im gleichen Kreise um uns selbst herum, ohne dauernde Fortschritte zu machen und ohne beständig, wenn auch nur langsam, emporksteigen zu können. Dieses wirtschaftliche Auf und Nieder in der Lage der Arbeiterklasse wäre nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage ein ganz naturgemäßer Vorgang, wenn dasselbe noch völlig frei wirksam sein könnte. Das ist aber nicht der Fall. Bei 600,000 bis 800,000 gewerkschaftlich organisierten und bei mehreren Millionen mit Klassenbewußtsein erfüllten Arbeitern kann jenes Gesetz nicht mehr seine freie Wirksamkeit entfalten. Jeder gültige Widerspruch

der gegen den Versuch einer Lohnreduktion gemacht wird, jeder Streit, der dagegen unternommen wird, bedeutet eine Durchbrechung und Aufhebung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage.

Es gilt nun, während der Krise die jetzigen Arbeits- und Lohnverhältnisse zu behaupten. Um dies zu können, ist notwendig, unter allen Umständen an der Organisation festzuhalten. Kein Kollege verlasse die Organisation, keiner trete aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband aus; jeder Kollege sei dagegen auch während der Krise Agitator für den Verband, um ihm stetsfort neue Mitglieder zuzuführen und ihn so fortwährend weiter zu stärken. Jeder Austritt bedeutet eine Schwächung des Verbandes und eine allmähliche Abbröckelung der während der Prosperität erzielten Errungenschaften. Also auch in Bezug auf die Organisation die Parole: **Kein Zurück!**

In der letzten Krise, die wir hatten, Anfang der neunziger Jahre, ist leider diese Parole nicht befolgt worden. Die Mitgliederzahl sämtlicher deutscher Gewerkschaftsverbände ist von 277,659 im Krisenjahre 1891 zurückgegangen auf 246,494 im 1894; sie stieg dann wieder im ersten Prosperitätsjahre 1896 auf 259,175 und betrug im letzten Prosperitätsjahre 1899 580,473. Wir wissen auch, in welcher umfangreichen Maße während jener Krisenjahre die Arbeits- und Lohnverhältnisse verschlechtert wurden.

Auch die Geschichte der Arbeiterbewegung ist eine Lehrmeisterin, auch sie ist dazu da, daß man aus ihr lernen und die Wiederholung von Fehlern vermeiden soll. Im Hinblick auf die eingetretene Wirtschaftskrise lautet diese Lehre: Festhalten an der Organisation, um die Errungenschaften der Prosperitätsperiode behaupten zu können. Einigkeit macht die Arbeiter auch während der Krise stark.

## Die Verhältnisse im Schmiedegewerbe in Bayern.

Die bayerischen Fabrikinspektoren haben im verfloßenen Jahre über die Verhältnisse im bayerischen Schmiedegewerbe Erhebungen gemacht und ihre acht Sonderberichterstattungen dem Gesamtberichte als Anhang beigegeben.

Die Erhebungen erstreckten sich auf die Nagelschmiede, Grob-(Huf-)Schmiede und Zeug-, Senfen- und Messerschmiede, lassen also die Kupferschmiede unberücksichtigt. Nach der Gewerbestatistik für Bayern haben sich die verschiedenen Zweige des bayerischen Schmiedegewerbes seit 1882 folgendermaßen entwickelt:

	1895	1882
<b>Nagelschmiede</b>		
1. Zahl der Kleinbetriebe	307	620
2. Zahl d. Mitinhaber-, Gehilfen- oder Motorbetriebe	111	830
3. Zahl d. in sämtl. Betrieben beschäft. Personen	560	1810
<b>Grob-(Huf-)Schmiede</b>		
1. Zahl der Kleinbetriebe	1307	4413
2. Zahl d. Mitinhaber-, Gehilfen- od. Motorbetriebe	6231	5850
3. Zahl d. in sämtl. Betrieben beschäft. Personen	16748	16955
<b>Zeug-, Senfen- und Messerschmiede</b>		
1. Zahl der Kleinbetriebe	852	458
2. Zahl d. Mitinhaber-, Gehilfen- od. Motorbetriebe	709	777
3. Zahl d. in sämtl. Betrieben beschäft. Personen	1849	3008

## Zur Beachtung.

**Zuzug ist fernzuhalten:**

- von Fahrradarbeitern nach Braunschweig (Brunsviga) N., M., nach Magdeburg (L. R.);
- von Aluminiumgläsern nach Schwabach (Bus) D.;
- von Feilenhauern nach Brandenburg a. Havel (Rabich);
- von Feingoldschlägern nach Nürnberg und Schwabach (in letzterem Ort besonders die Werkstatt von Paas);
- von Flaschnern (Klempnern) nach Brandenburg a. H. (Görte und Hartung, Sturstraße), nach Düsseldorf, nach Essen a. Ruhr (Moriz Kobl) D., nach Magdeburg Str., nach Kossack i. M., nach Solingen, nach Wandsbeck (Claugen, David, Ebert, Köhl, Paulij, Kowald E. Schaller, Scharnberg, Schreiber, Stollberg);
- von Formern und Gießereiarbeitern nach Gera (Maschinenbau-W.), nach Hannover (Kriger u. Jhsen), (Kunstformern) nach Köln-Chrenfeld (Schmitz), nach Wahrenwald-Hannover (Steinfeld u. Blasberg), nach Fleckenmarkt i. Oberpf., nach Pirna (Gebr. Vein) N., nach Wittensberg, Bez. Halle, W., nach Osterode a. S. (Wärtner);
- von Installateuren nach Düsseldorf, nach Magdeburg Str.;
- von Metallarbeitern nach Hamburg;
- von Schlossbauern nach Großsch (Linn A. Log) Str.;
- von Ringelherren nach Köln-Chrenfeld (Schmitz, Kunst- und Bronzelegierer).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; A.: Wohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; M.: Mißstände; N.: Lohn- oder Abford-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

## Was haben die Arbeiter während der Krise zu thun?

Wir sind noch nicht mitten in der Krise drin, wir stehen vielmehr erst am Anfang derselben, aber dennoch sind bereits alle ihre Wirkungen in die Erscheinung getreten: Betriebseinschränkungen mit Arbeiterentlassungen oder Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnreduktionen, Arbeitslosigkeit u. Sogar Verlängerung der Arbeitszeit kommt vor, um auf diese Weise die Krise zu heilen. Unternehmer, die zu solchem Unsinne ihre Zuflucht nehmen, blamieren sich zwar vor allen vernünftigen Menschen; aber als Kapitalist darf man sich Alles erlauben, also auch etwas, was der reinste Unsin ist.

Die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse wird auch in Betrieben vorgenommen, die in jeder Beziehung günstig situiert sind; die noch reichliche Aufträge zu guten Preisen haben, die die beste Aussicht auf ihre 20 Prozent und noch mehr Dividenden für das laufende Jahr haben. Sie benutzen die Depression auf dem Arbeitsmarkte einfach, um die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern und die Kapitalgewinne, die Lantienmen und Dividenden, zu erhöhen.

Ein solches Vorgehen gleicht dem Aufsäumen des Pferdes am Schwanz statt am Kopfe. Was ist denn die Ursache der Krise? Das Mißverhältnis der Konsumtion zur Produktion, das zur Ueberproduktion führt. Die Produktivkraft der Arbeit steigt in ungleich höherem Maße als die Konsumtionskraft der Arbeiter, welche

Der Vergleich der beiden Zahlenreihen zeigt zunächst für die Nagelschmiede einen rapiden Rückgang in dem ja nicht langen Zeitraum von 13 Jahren. Darnach ist die Zahl der Alleinbetriebe um die Hälfte, der Gehilfenbetriebe und der Berufsthätigen um je  $\frac{2}{3}$  zurückgegangen. Wir haben es hier mit einem so raschen Verfall eines viele Jahrhunderte alten Gewerbes zu thun, daß die Zeit absehbar ist, in der es völlig verschwinden wird. Theilweise ist dies sogar heute schon der Fall, wie aus dem mittelfränkischen Berichte hervorgeht, wonach in Mittelfranken die Nagelschmiede vollständig ausgestorben sind, während aus Schwaben berichtet wird: „Die wirtschaftliche Lage dieses Gewerbezweiges ist die denkbar ungünstigste. Selbst die wenigen noch vorhandenen Meister besitzenden, welche gegenwärtig nur noch kümmerlich zu existieren vermögen, werden über kurz oder lang gänzlich verschwinden.“ Als ein selbstständiges Gewerbe kann es nach den in diesem Kreise bestehenden Verhältnissen überhaupt nicht mehr angesehen werden, da es allmählich zur Hausindustrie geworden ist. So sind im bayerischen Allgäu, dem Hauptsitze der Nagelschmiede Schwabens, die Werkstätten im Besitze von Eisenhändlern, welche den Pächtern das Rohmaterial und die Kohlen liefern. Auch der Nagelstock, d. h. Doche und Amboss, sind Eigenthum des Eisenhändlers, nur die Nagelisen, Hammer, Stangen und Zangen gehören noch den Nagelschmieden. Dem Eisenhändler muß der Zentner Rohmaterial mit 24 Mark bezahlt werden, während das Kohlengeld, je nach Fertigstellung der Waare, 12 bis 20 Pfg. pro Tag beträgt. Hergestellt werden verschiedene Sorten von Nägeln, z. B. Band-, versenkte, Weist-, Halbleist- und Bodenmägel. In einzelnen Nagelschmieden besetzt man sich auch mit Herstellung von Mauerhaken in allen Größen und Stärken. Ein Pächter beschäftigte sich ferner nebenbei noch mit Dengeln von Senfen, für welche Arbeit pro Stück 4 Pfg. bezahlt werden. Die Konkurrenz der Fabriken bringt es mit sich, daß die Herstellung der Hufnägel mit der Hand fast ganz aufgehört hat. Bei einer Arbeitszeit von zwölf Stunden im Tage ist ein Nagelschmied im Stande, je nach der Nagelsorte 800—1000 Stück anzufertigen und erzielt dadurch einen Verdienst von 1,50, 1,80 bis 2 Mark.

Auch in den übrigen Aufsichtsbezirken ist das Nagelschmiedgewerbe im Aussterben begriffen. Der Münchner Beamte berichtet, daß in seinem Aufsichtsbezirk die Nagelschmiede auf dem ihnen verliehenen Arbeitsfelde hauptsächlich mit der Konkurrenz der allgäuer und mehr noch mit jener der böhmischen Nagelschmiede zu rechnen haben. Auf dem Lande werden die wenigen noch bestehenden Nagelschmieden bald ganz verschwunden sein und nur ein Betrieb, dessen Spezialität die Herstellung von Schienenmägeln ist, hat Aussicht auf Fortbestand. In München liefert die große Bauhätigkeit einigen Nagelschmieden ausreichende Beschäftigung, während die übrigen Nagelschmiede in München für Eisenhandlungen liefern; die Landbetriebe dagegen setzen direkt an die Konjumenten ab und führen theilweise eigene Ladengeschäfte.

Bei den Grobschmieden hat die Zahl der Alleinbetriebe um mehr als  $\frac{2}{3}$  abgenommen, dagegen die Zahl der Gehilfenbetriebe um 400 oder rund 7 Prozent zugenommen und zwar vermehrten sich diejenigen mit 1—5 Gehilfen von 5833 in 1882 auf 6184 in 1895 und diejenigen mit mehr als 5 Personen von 17 auf 47. Da gleichzeitig die Zahl der Berufsthätigen um 200 zurückging, so liegt die Annahme nahe, daß verschiedene Alleinbetriebe nicht bloß dadurch verschwanden, daß ihre Inhaber gestorben oder zu anderer Arbeit übergegangen, sondern zum Theil auch in die Gehilfenbetriebe als Schmiedgehilfen eingetreten sind. Das Verschwinden von mehr als Zweidritteln der Alleinbetriebe darf wohl als Beweis der auch hier stattgefundenen Verschärfung der Konkurrenz und Erschwerung der kleinen Existenzen angesehen werden. Dabei besteht, wie in mehreren Einzelberichten betont wird, ein Unterschied in der wirtschaftlichen Lage des Schmiedgewerbes in den Städten und auf dem Lande. So haben nach dem unterfränkischen Aufsichtsbeamten die Schmiede in den Städten noch ihr sicheres Auskommen, während diejenigen auf dem Lande fast durchgängig über unzureichenden Erlang des Gewerbes klagen. Die Landbetriebe können daher nur dann eine halbwegs sichere Existenz haben, wenn sie nebenbei auch noch Landwirtschaft treiben. Es wird ferner auch darauf hingewiesen, daß in der Stadt für die gleichen Arbeiten bis zu 50 Prozent höhere Preise gezahlt werden als auf dem Lande, daß dort prompter bezahlt wird und seltener Verluste vorkommen; andererseits besteht auf dem Lande für den Schmied sogar noch vielfach Naturalwirtschaft, indem ihn die Bauern mit Lebensmitteln oder sonstigen landwirtschaftlichen

Produkten die geleistete Arbeit vergüten. Dem pfälzischen Beamten gab ein mit 3 bis 4 Gehilfen arbeitender Schmiedemeister den Jahresverdienst nach Abzug der Materialkosten, aber ohne Abzug der Unterhaltung der Gehilfen auf etwa 5400 M an.

Soweit Mangel an Arbeit besteht und in der Pfalz leidet nach dem Berichte die Hälfte der Meister unter einem solchen, rührt derselbe von den an den betreffenden Orten zu viel entstandenen Schmieden und zum Theil davon her, daß in Folge der entstandenen Eisenbahnen der Fuhrwerksverkehr und damit der Hufbeschlag und die Wagenarbeit abgenommen hat. „Selten wurde dabei erwähnt, daß sich gegen früher eine Verminderung der Arbeit dadurch ergibt, daß die Nägel, Hufeisen zc. fabrikmäßig erzeugt und von den Schmieden bezogen werden. Letzteres ist übrigens bezüglich der Hufeisen nicht allgemein der Fall; namentlich von Dorfschmieden werden die Hufeisen häufig noch selbst geschmiedet.“ Mehrlach äußert sich der Münchner Inspektor, nach dem in den Städten weniger über diese Konkurrenz als vielmehr über die hohen Mietpreise für die Werkstätten geklagt wird. Die Landbetriebe betreiben nebenbei nicht nur Landwirtschaft, sondern auch Agenturen für Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen und Handel mit Eisenwaaren sowie Bauhütten. Was die Eisenbahnen den Schmieden an Arbeit durch Einschränkung des Fuhrwerksverkehrs entzogen, brachten sie zum Theil wieder ein durch die Begünstigung der Errichtung industrieller Anlagen, die dem Schmied ebenfalls Beschäftigung gewähren. Auch die fabrikmäßig hergestellten Ackergeräthe, wie Fabrikpflug, Egge zc. bedeuten nicht bloßen Arbeitsentzug, sondern auch Arbeitszuführung durch bestimmte Ersatz- und Reparaturarbeiten.

Ein Rückgang ist trotz alledem auch im Schmiedgewerbe zu verzeichnen, der voraussichtlich auch in Zukunft fortauern und von keinem neuen Aufschwung des Handwerks abgelöst werden wird.

(Schluß folgt.)

### Der Vertragsbruch in der amtlichen Streikstatistik.

Das statistische Reichsam hat mit dem Jahre 1899 eine amtliche Streikstatistik begründet und über die vier Quartale des Jahres in den „Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs“ veröffentlicht. Im Ganzen wurden 1297 Streiks mit 98,304 Streikenden gezählt. Unter letzteren werden 27,016 als vertragsbrüchig angegeben.

Schon diese Zahl beweist, daß die landläufige Vorstellung, die Streiks und Vertragsbruch im Großen und Ganzen gleichzeit, unrichtig ist. Gegen weitaus die Mehrzahl, beinahe drei Viertel der Beteiligten, ließ sich auch nicht die geringste Verletzung des Vertragsrechts geltend machen. Dies legt aber die weitere Frage nahe, ob die immerhin nicht unerhebliche Zahl von 27,017 in vollem Umfange wirkliche Vertragsbrüche enthält.

Das statistische Reichsam stützt sich auf die Angaben der Polizeibehörden. Irigend welche Vorschriften über das Verfahren, das die Polizeibehörden bei Ermittlung des Vertragsbruchs einzuschlagen hatten, sind nicht bekannt geworden. Bei der großen Bedeutung der vorliegenden Frage hatte die Redaktion des „Arbeitsmarkt“ den Plan entworfen, durch nachträgliche Auskunftsbitung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein methodisch einigermaßen gesichertes Ergebnis zu erhalten. Dieser Plan scheiterte aber daran, daß in weitaus den meisten Fällen die Arbeitgeber nicht organisiert sind und die Einzelnen nach Ablauf einiger Zeit sich auf die Vorfälle nicht mehr mit voller Bestimmtheit besinnen können. Immerhin blieb noch die Möglichkeit, eine Privat-Erhebung auf der Arbeiterseite zu veranstalten, und dieser Versuch ist durch Aussendung von Fragebogen gemacht worden.

Das Ergebnis einer solchen Umfrage stellt also Meinungsäußerungen nur einer Partei dar. Es ist aber darum nicht gänzlich werthlos. Eine behördliche Angabe, die durch die Auskunft der Partei, gegen die sie gerichtet ist, bestätigt wird, ist nach allgemeiner Annahme werthvoller, als eine solche, der diese Bestätigung nicht zu Theil wird; und es ist nichts als der logisch entsprechende Satz, wenn man sagt, eine behördliche Angabe, der die Partei widerspricht, ist weniger werth als eine solche, die auch von der Partei als zureichend anerkannt worden ist. Ferner kann man über Werth oder Unwerth einer Partei-Aussage nicht im Voraus urtheilen, sondern man muß abwarten, was die Partei zu sagen, was sie insbesondere zum besseren Verständnis der in Betracht kommenden Verhältnisse beizubringen hat.

Unter diesen Gesichtspunkten ist in erster Linie bemerkenswerth, daß die Arbeiter-Organisationen fast überall darauf aufmerksam machen, daß die Frage, ob im Einzelfalle Vertragsbruch stattgefunden hat oder nicht, keineswegs einfach und zweifelsfrei zu beantworten ist. Ganz besonders unterrichtend ist die Auskunft, die der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands erteilt:

„In den meisten Fällen handelt es sich nicht um alle, sondern nur um einen Theil, ja oftmals um einen sehr kleinen Theil der Streikenden, und dann kommt für das Maurergewerbe in Betracht, daß gerade in Bezug auf Kündigung viel Unklarheit herrscht. In vielen Orten besteht keine Kündigung laut gegenseitiger Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Organisationen. Solchen Vereinbarungen passen sich auch die Unternehmer an, welche einer Organisation nicht angehören, ohne mit ihren Arbeitern ausdrücklich etwas zu vereinbaren. Der Unternehmer entläßt, und die Arbeiter gehen ohne Kündigung. Der Zustand wird gewissermaßen zur Usance. Fragt man die Arbeiter nach der Kündigung, dann heißt es: hier besteht solche nicht; ja der Unternehmer würde in Friedenszeiten genau dasselbe sagen, besonders dann, wenn er einmal wegen Entlassung ohne vorherige Kündigung verklagt wird. Sobald aber Streik kommt, dann belieben einige Unternehmer sich auf den Wortlaut des Gesetzes zu stützen, sie beantworten die Frage der Polizei: ob die Kündigung ausgeschlossen war, mit „Nein“, und der Kontraktbruch ist fertig. In Wirklichkeit kann aber von einem Kontraktbruch gar keine Rede sein. In anderen Orten bestehen keine Vereinbarungen zwischen den Organisationen und ist auch bezüglich Kündigung zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern nichts abgemacht, und trotzdem gibt es ein fortwährendes Gehen und Entlassen ohne Kündigung. Auch hier sind die Arbeiter allgemein der Meinung, daß Kündigung nicht besteht, und der Unternehmer ist nur dann anderer Meinung, wenn er augenblicklich seinen seiner Leute mißsen kann oder wenn es zum Streik kommt. Auch selbst in Orten, wo sonst allgemein Kündigung üblich ist, wird von beiden Seiten nicht streng daran festgehalten. Ja es kommt in solchen Orten vor, daß der Unternehmer durch eine einfache Erklärung die Kündigung für die Winterzeit aufhebt und dann der Meinung ist, daß vom Frühjahr an das alte Verhältnis wieder maßgebend ist.“

Ueber 15 Vertragsbrüche im Handschuhmacherstreik Bernau (4. Quartal) haben wir uns an den Vorstand der Handschuhmacher Deutschlands in Stuttgart gewandt. Dieser hat, da in Bernau Kleinbetrieb herrscht, Einzelermittlungen an Ort und Stelle vornehmen lassen, und bemerkt zu der amtlichen Angabe: „Wäre richtig, wenn Nachstehendes den Ausbruch Kontraktbruch noch erlaubt.“ Darauf folgt die Darstellung:

„Die Arbeiter stellten ihre Forderungen mit dem Ersuchen, bis zu einem bestimmten Termin von den Arbeitgebern Antwort zu erhalten, ob letztere gewillt sind, diese zu erfüllen. Bis zu diesem Termin hat jeder Arbeiter (es arbeitet bei den Handschuhmachern fast Alles im Stücklohn) seine in Händen befindliche Arbeit fertiggestellt. Die Antwort der Arbeitgeber lautete ablehnend, und war zugleich das Bemerkte angefügt: Wer nicht weiterarbeiten wolle, könne thun, was er wolle. Darauf wurde von keinem Arbeiter neue Arbeit angenommen.“

Vielfach werden fehlerhafte Angaben der amtlichen Streikstatistik auf Mangel an Sach- und Ortskenntniß der amtlichen Materialsammler zurückgeführt. Die 50 Vertragsbrüchigen in einem Braunschweiger Maurerstreik (2. Quartal) werden mit der unterlassenen Unterscheidung zwischen Bauarbeitern und Maurern in Verbindung gebracht. Da die Maurer in Braunschweig keine Kündigungsfrist haben, können sie auch keine verletzen. Nur 2 Puzer, welche im Afford arbeiteten, waren vertragsbrüchig. Die Arbeitsniederlegung von 6 Bauarbeitern aber, die in der That an eine Kündigungsfrist gebunden waren, erscheint in ganz anderem Lichte, wenn ihre Begründung richtig ist: In Folge des plötzlichen Maurerausstandes sei ihre Arbeitsgelegenheit so zusammengeschrampt, daß sie nicht mehr im Stande waren, auch nur annähernd den früheren Verdienst zu erreichen. Bei einem Maurerstreik in Delligen gibt die amtliche Statistik 8 Arbeiter als vertragsbrüchig an. Aber an dem genannten Orte herrscht der alte Brauch, daß die Arbeit zwar nur bei Schluß des Tages, dann aber auch sofort aufgegeben werden kann. Bei einem Zimmererstreik in Jena (3. Quartal) sind 108 Vertragsbrüchige angegeben. Aber seit Frühjahr 1898

ist im Jeneser Baugewerbe die Kündigungsfrist abgeschafft.

Die Frage, ob Vertragsbruch vorliegt oder nicht, ist eben eine privatrechtliche Frage wie jede andere. Zur Entscheidung streitiger Fragen des Privatrechts sind die ordnungsmäßigen Behörden die Gerichte. Daß eine Polizeibehörde sich mit Begutachtung von Fragen befaßt, die zur Kompetenz der Gerichte gehören, ist schon deswegen mißlich, weil sie Gefahr läuft, daß vom Gericht Thatbestand und Rechtsverhältnis anders festgestellt werden. In der That scheint dies mehrfach vorgekommen zu sein. So werden in dem Zimmererstreik von Arnstadt (2. Quartal) 35 Vertragsbrüchige angegeben. Auf Schadenersatz geklagt wurde nur gegen 6, und das Amtsgericht hat diese Klage abgewiesen, weil sich herausstellte, daß Kündigung vorlag. Es ist allerdings in solchen Fällen die Identifizierung nicht immer mit unbedingter Sicherheit durchzuführen. Aus Rothenburg in Bayern, von dem dortigen Schreiner- und Drechslerstreik (4. Quartal), liegt ein Fall vor, wo sämtliche als vertragsbrüchig bezeichneten Arbeiter, an Zahl 15, auf Rückzahlung des einbehaltenen Lohnes klagten. Zu einem Urtheil kam es hier nicht, weil der Unternehmer sich bereit erklärte, dieselbe Summe zu zahlen, die jenen 15 Mann aus der Verbandskasse als Unterstützung gezahlt war. — An Orten, wo Gewerbegerichte bestehen, muß es öfter vorgekommen sein, daß die Frage des Vertragsbruchs, die von der Polizeibehörde für die Statistik entschieden wurde, auch dem Gericht zur Beurtheilung unterbreitet wurde. Die Gewerbegerichte entscheiden in gleichmäßiger Besetzung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter einem unparteiischen Vorsitzenden. Es ist sehr bedauerlich, daß über diese Fälle so wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Bei dem Streik in der Lübecker Eisengießerei und Maschinenfabrik (2. Quartal) werden 41 Vertragsbrüchige angegeben. In der Fabrik war Kündigungsfrist ausgeschlossen. Es scheint, daß der Vertragsbruch darin gefunden wurde, daß die Affordarbeiter den angefangenen Afford nicht vollendeten; eine schwierige, je nach Lage des Ortsgebrauchs und des Einzelfalles verschieden zu beantwortende Frage. In einem Falle ist durch Klage des Arbeitnehmers auf Herauszahlung des Lohnes die Frage zur Entscheidung des Gewerbegerichts Lübeck gelangt und zu Gunsten des Arbeiters entschieden worden. — In dem Tischlerstreik in einer Berliner Möbelfabrik (2. Quartal) werden 53 Vertragsbrüchige angeführt. Diesen Fall hat der betreffende Unternehmer vor das Gewerbegericht gebracht, hier aber nicht sämtliche 53, sondern nur 41 (diese allerdings mit Erfolg) verklagt. Man sieht, daß die Angaben vorsichtiger gehalten werden, wenn sie zum Zwecke eines kontradiktorischen gerichtlichen Verfahrens gemacht werden, als wenn man sie mit dem Bewußtsein niederlegt, daß sie widerspruchslös in polizeilichen Geheimakten weiterbefördert werden. — Auffallend ist überhaupt, daß der Vertragsbruch, wenn er vorliegt, nicht wenigstens an den Orten, wo Gewerbegerichte billige und schnelle Justiz gewährleisten, auch verfolgt wird. In dem Streik in der Nürnberger Eisenbahn-Eaternen- und Metallbrüchwaren-Fabrik wurde auf Unternehmer-Seite behauptet, daß 12 Arbeiter vertragsbrüchig geworden seien. Dies wurde von Arbeiter-Seite mit dem Bemerkten bestritten, daß die Kündigungsfrist ausgeschlossen war, und der Unternehmer direkt auf das Gewerbegericht verwiesen. Die Klage vor dem Gewerbegericht ist nicht erfolgt, in der amtlichen Statistik aber erscheinen die 12 Vertragsbrüchigen. Vor dem Gewerbegericht in Altenessen soll nach einem Formerstreik (4. Quartal), wo die amtliche Statistik 2 Vertragsbrüchige angibt, ein deraartiger Prozeß damit geendet haben, daß umgekehrt der Unternehmer wegen Vertragsbruchs verurtheilt wurde.

Dieser Fall, daß jeder Theil dem andern Vertragsbruch vorwirft, kommt in der Praxis öfter vor. Bei dem Streik in der Schmirgel- und Maschinenfabrik Frankfurt a. M. (4. Quartal) führt die amtliche Streikstatistik einen Vertragsbrüchigen an. Nach Ermittlungen an Ort und Stelle behauptet aber dieser eine, er sei bereits vorher von der Firma vertragswidrig entlassen worden. Nicht selten wird die Arbeit deswegen niedergelegt, weil ein zwischen den beiderseitigen Organisationen vereinbarter Lohnarif verlegt wird. In einem solchen Falle sprechen die Arbeiter von einem Vertragsbruch der Unternehmer, während diese den verbindlichen Charakter dieser Vereinbarung (mit Recht oder Unrecht) bestreiten und die Arbeitsniederlegung als Vertragsbruch bezeichnen. Aus Döhlen in Sachsen führt die Statistik 10 vertragsbrüchige Former einer Armaturenfabrik (3. Quartal) an. Diese 10 Former waren in Oesterreich angeworben und erfuhr bei ihrem Eintreffen, daß sie nur gedungen seien, um Leipziger Streitarbeit zu machen. Sie be-

schwerten sich darüber, daß ihnen diese Mittheilung vorenthalten sei, und reisten ab. Dieser Fall gehört zunächst nicht in die Streikstatistik, weil gar kein Streik vorliegt. Er kann aber auch nicht schlechtweg als Vertragsbruch bezeichnet werden, weil die Frage juristisch höchst zweifelhaft ist. Wenn wirklich den Arbeitern arglistig verschwiegen war, daß sie Streitarbeit thun sollten, so lag ein rechtlich bindender Vertrag nicht vor und konnte daher auch nicht gebrochen werden. Sehr bezeichnend ist in dieser Beziehung der uns vorliegende Bericht über den Formerstreik in der Maschinenfabrik Gassen N. L. (4. Quartal), wo die Statistik 8 Vertragsbrüchige angibt.

Nach Gassen kamen gelegentlich des Leipziger Formerstreiks Modelle. Die Arbeiter wurden gefragt, ob sie diese Leipziger Arbeit machen wollten. Selbe erklärten, wenn es keine Streitarbeit sei, ja. Später stellte sich heraus, daß es Streitarbeit sei und die Arbeit wurde verweigert. Die Arbeitsniederlegung fand nur statt, weil, wie der Unternehmer erklärte, keine andere Arbeit vorhanden sei. Nach Rücksprache mit einem Vertreter des Vorstandes wurde die Leipziger Arbeit zurückgeschickt und die Arbeiter wieder eingestellt. Der ganze Vorfall spielte sich unter ruhiger Aussprache mit dem Unternehmer ab. Wäre andere Arbeit vorhanden gewesen, so wäre es zum Verlassen der Fabrik nicht gekommen.

Fast allgemein ist die Klage darüber, daß Arbeitervertreter von der Polizeibehörde nicht vernommen wurden. In einem Falle wurde der Leiter einer Organisation befragt, aber gerade die Frage nach dem Vertragsbruch ihm nicht vorgelegt. Die Fragen lauteten: ob die Streikenden Unterstützung bezögen und ob fremde Personen Einfluß auf die Arbeiter ausgeübt hätten.

In einer großen Anzahl Streiks und Vertragsbruch war es uns nicht möglich, die Anschauungen der Arbeiterseite festzustellen, weil keinerlei Organisation aufzufinden war, der die Streikenden angehört hätten. Das gibt einen Fingerweis dafür, daß an den vorliegenden Vertragsbrüchen die Nichtorganisirten einen besonders großen Antheil haben müssen. Damit stimmt es, wenn in den vorliegenden Berichten da, wo der Vertragsbruch zugegeben, so oft das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß nicht vorher die Verbandsleitung angegangen wurde, die sich bemüht hätte, den Vertragsbruch oder auch den Streik überhaupt zu verhüten.

Im Ganzen stellen die uns vorliegenden Antworten eine Stichprobe von 128 Fällen dar. In 30 Fällen wird von Arbeiterseite der Vertragsbruch bestritten, oder doch bedeutend reduziert; gegen 3689 Vertragsbrüchige der amtlichen Statistik werden hier nur 699 zugegeben. In 42 Fällen mit 4919 stimmen die Angaben mit der amtlichen Statistik überein. In 6 Fällen geben die Arbeiter-Organisationen mehr Vertragsbrüchige an als die amtliche Statistik; diese 248, jene 342. In den sämtlichen 128 Fällen zusammen genommen stehen den 8858 Vertragsbrüchigen der amtlichen Statistik 5960 nach Angaben der Arbeiter-Organisationen gegenüber. Man könnte danach sagen, daß von den Vertragsbrüchigen der amtlichen Statistik noch nicht zwei Drittel von beiden Seiten anerkannt und mehr als ein Drittel streitig ist.

Wenn danach die amtliche Streikstatistik schon in ihren Gesamtziffern über den Vertragsbruch keinen Anspruch auf allgemeine Anerkennung erheben kann, so ist sie vollends unzuverlässig in Bezug auf die einzelnen Streiks. Nach den oben angeführten Beispielen kann man im Einzelfalle die Zahl der Vertragsbrüchigen auch nicht einmal als ungefähr richtig gelten lassen.

In den Quartalsberöffentlichungen des statistischen Reichsamts ist inzwischen die Rubrik Vertragsbrüchige fortgefallen. Mit der Unterlassung der Veröffentlichung wird aber die Gefahr unzuverlässiger Ziffern nur noch vergrößert. Was veröffentlicht wird, kann kritisiert werden. Was aber in Geheimakten aufbewahrt wird, kann eines Tages, etwa in der Begründung zu einer Gesetzesvorlage, sozusagen mit dem Anspruch auf Anerkennung als archivalisches Material auftreten. Wenn die Polizeibehörde nicht im Stande war, dem statistischen Reichsamt ein Material zu liefern, das veröffentlicht werden konnte, ohne dem Ansehen und dem Ruf der Unparteilichkeit, dessen sich dieses Reichsamt in hohem Grade erfreut, Eintrag zu thun, so folgte daraus nicht, daß die Veröffentlichung eingestellt, sondern daß die Polizeibehörden auf die Mitwirkung geeigneter Organe hingewiesen werden mußten. Und wenigstens in den Bezirken, in denen Gewerbegerichte bestehen, sind solche Organe vorhanden. Nach § 70 des Gewerbegerichts-Gesetzes sind die Gewerbegerichte auf Ansuchen von Behörden verpflichtet, Gutachten in ge-

werblichen Fragen" abzugeben. Wenn die Statistik des Vertragsbruch einen Werth für sich in Anspruch nehmen soll, so mag sie unter Mitwirkung der Gewerbegerichte, d. h. unter gleichheitlicher Betheiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ihr Rohmaterial erheben. Eine solche Statistik aber würde auch das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen haben.

Arbeitsmarkt.

### Die Lübecker Streikposten-Verordnung ungiltig!

Das Vorgehen des Lübecker Senats, der durch Polizeiverordnungen das Streikpostenstehen einfach verbot, ist jetzt von einem Gerichtshof als gesetzwidrig bezeichnet worden. Gleich dem Hamburger Echo hatte die Brandenburger Zeitung die Lübecker Arbeiterkraft aufgefordert, der Verordnung Trotz zu bieten, um eine gerichtliche Entscheidung über ihre Rechtsgiltigkeit herbeizuführen. Wegen dieser Aeußerung hatte die Staatsanwaltschaft gegen den damaligen verantwortlichen Redakteur der Brandenburgischen Zeitung, Guth, Anklage erhoben, weil er angeblich zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgiltige Verordnungen aufgefordert habe.

Das Brandenburger Amtsgericht aber hat die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt und diesen Beschluß wie folgt begründet:

„Eine nach § 111 Str.-G.-B. strafbare Handlung ist nur dann vorhanden, wenn das im § 110 bezeichnete Gesetz (die Verordnung oder Anordnung) objektiv rechtsgiltig erlassen ist. An diesem Erforderniß fehlt es im vorliegenden Fall. Die Lübecker Verordnung betr. das Verbot des Streikpostenstehens vom 24. April 1900 ist im Widerspruch mit Artikel 2 der Reichsverfassung und § 2 C.-G. zum Str.-G.-B. erlassen. Sie greift in die Materie der gewerblichen Koalitionsfreiheit ein, welche die Reichsgesetzgebung durch § 152—153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung in ihren Bereich gezogen hat. Das Streikpostenstehen ist eins der Mittel, welche von den gewerblichen Arbeitern gebraucht werden, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken. Die Fassung und der Geist des § 152 Gewerbe-Ordnung zeigen aber deutlich, daß sich die Reichsgesetzgebung dieser Materie im weitesten Umfange hat bemächtigen wollen. (Vergl. von Buchka in der Deutschen Juristen-Zeitung 1900 Nr. 14 S. 310 a. G.)

Ein Verbot und eine Bestrafung des Streikpostenstehens könne also derzeit nur im Wege der Reichsgesetzgebung erlassen werden, soweit sie sich auf gewerbliche Arbeiter beziehen sollen.

Hieraus folgt die Ungiltigkeit der Lübecker Verordnung vom 24. April 1900 und weiter die Unanwendbarkeit des § 111 Str.-G.-B. auf den vorliegenden Sachverhalt.“

Bei der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die einzelstaatliche Ausschaltung der Reichsgesetzgebung war vom Regierungskomitee aus erklärt worden, es sei Sache der ordentlichen Gerichte, die Rechtsgiltigkeit der Verordnung zu prüfen. Das ist nun geschehen und es erhebt sich daher die Frage, was der Reichskanzler nunmehr der „freien“ Reichsstadt gegenüber, die sich so ungenirt über den Artikel 2 der Verfassung des deutschen Reiches hinwegsetzt, zu thun gedenkt. Wird der Reichskanzler diesen einzelstaatlichen Scharfmachergeplügen das Handwerk legen oder wird er es ruhig geschehen lassen, daß auch fernerhin in Lübeck in gesetzwidriger Weise den Arbeitern die Ausübung ihres Koalitionsrechts erschwert wird? Zwar haben die Lübecker Behörden ihre eigene Verordnung bisher nicht angewandt, weil sie es vermeiden wollten, die Lübecker Gerichte mit der Angelegenheit zu beschäftigen, aber die gesetzwidrige Verordnung besteht und ist geeignet, die Lohnkämpfe der Arbeiter zu erschweren. Deshalb muß sie verschwinden. Man darf übrigens darauf gespannt sein, wie die Hamburger Gerichte, welche ebenfalls mit der Sache beschäftigt sind, die Streikpostenverordnung beurtheilen werden. Wünschenswerth wäre es aber, wenn die höchste Instanz, das Reichsgericht, gleichfalls in die Lage käme, dem Lübecker Senat die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens klar zu machen.

### Vom Arbeiterminister Müllerand.

Daß Müllerand ein Handelsminister ist wie er sein soll, hat er während seiner nahezu 15monatlichen Ministerthätigkeit zur Genüge bewiesen. Nicht daß er nur einseitig ohne jede Rücksicht auf das Wohl der Arbeiter bedacht wäre, nein, bei allen seinen Maßnahmen hat sich bisher Gelegenheit ge-

leben zu beobachten, daß Niemand ruiniert wurde, wenn dem Arbeiter geholfen werden sollte. Die Reden, die der französische Handelsminister hält, stehen vortheilhaft ab von deutschen Ministerreden, in denen die Emanzipation der Arbeiterklasse stets schlecht wegkommt. Allenfalls läßt man in Deutschland den vierten Stand einmal „hoch leben“, doch auch nur dann, wenn man Minister a. D. ist.

Auf einer Reise durch das Kohlengebiet des Pas de Calais, die Millerand vor etlichen Tagen machte, gaben die Bergarbeiter in Veas ihm zu Ehren einen „Punsch“; bei dieser Gelegenheit hielt Millerand eine bemerkenswerthe Rede. Der Minister kam zunächst auf das Koalitionsrecht der Arbeiter zu sprechen. Er erläuterte die Bedeutung des „heiligen Rechts“ der Koalition und des Streiks für die Arbeiter, dessen Aufhebung seine Regierung mehr wagen werde, und fuhr dann fort:

„Aber Niemand weiß besser als die Arbeiter selbst, wie gefährlich ist die Anwendung des Streiks auch für die Arbeiter selbst; es werden Siege errungen, aber auch viele Niederlagen sind zu bezeichnen. Selbst wenn der Ausgang von Erfolg begleitet ist, welche Weiden hat er nicht im Gefolge — auch für die Sieger. Am meisten leiden darunter die Arbeiter, dann aber auch die Unternehmer und schließlich auch das Publikum.“

Millerand erinnerte weiter daran, wie in den wirtschaftlichen Kämpfen häufig genug auch Alte der Unbesonnenheit begangen werden, wie die Leidenschaften auf beiden Seiten erregt sind. Heute beschäftigen sich zahlreiche großberzige Weiser damit, den Frieden zwischen den Nationen zu sichern, um wie viel verständiger und logischer sei es da, vor allen Dingen nach Mitteln zu suchen, den Krieg zwischen den Völkern desselben Landes zu verhindern.

Die Arbeiter, so führte Millerand aus, seien schon dabei, diese wirtschaftlichen Kämpfe möglichst einzuschränken, und ihre Wünsche und Forderungen womöglich ohne Kampf durchzusetzen. Ueber die Arbeitsniederlegung oder die Wiederaufnahme der Arbeit müsse die Majorität der Arbeiter einer oder mehrerer Betriebe entscheiden können, die Minorität habe sich zu fügen. Der Einwand, daß es gegen das Prinzip der Freiheit verstöße, wenn eine Majorität der Arbeiter die Minorität zu Schritten zwingt, die sie — die Mehrzahl — für gut befunde, sei durchaus nicht stichhaltig. Der Arbeiter sei als isoliertes Individuum machtlos, er müsse Kollektivverträge eingehen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede bezeichnete sich Millerand als strikter Anhänger der obligatorischen Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die in Frankreich bestehenden schiedsgerichtlichen Einrichtungen haben sich nicht bewährt. Er werde deshalb dem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegen und er hoffe, daß das Parlament sich seinem Wunsche, dem Fortschritt und dem sozialen Frieden zu dienen, anschließen werde.

Millerand besprach nun die von ihm geschaffene Institution der „Arbeitsräthe“ und verteidigte sich gegen den Vorwurf, daß er in diesen Körpern den Organisationsorgane der Arbeiter und der Unternehmer eine so hervorragende Rolle zugetheilt habe. Er sei hier nur seinen früher ausgesprochenen Grundgedanken gefolgt, bei allen Gelegenheiten und unter allen Umständen habe er den Arbeitern zugehört: „Organisirt Euch, gründet Gewerkschaften!“

Wörtlich fährt dann Millerand fort: „Diese meine Politik hat mir viel sehr entgegenstehende Vorwürfe eingetragen. Die einen sagen, ich verweigere den sozialen Krieg, die andern werfen mir vor, ich habe meine Ideale aufgegeben und begnüge mich mit kindlichen Reformen. Beide Vorwürfe sind unberechtigt; ich bin meinem Programm, das ich 1896 in St. Mandé ausgesprochen, treu geblieben.“

Ich bleibe davon überzeugt, daß die Lohnarbeit ebensowenig eine ewige Institution ist, als es die Sklaverei und die Selbstbesitzenschaft gewesen sind. Das Eigentum, ohne das die wahre Freiheit des Individuums unmöglich ist, wird, das ist meine feste Ueberzeugung, eines Tages nur unter der Form auftreten, zu der die Entwicklung des Maschinenbaus und die Konzentration des Kapitals führt, d. h. unter einer gesellschaftlichen Form, allen Menschen ohne Ausnahme gegenüber.

Ohne Zweifel, zur Bewirklichung dieser Ideen ist ein langer, schweriger Weg; der endliche Sieg kann nur das Werk der Zeit und der Erziehung sein. Daraus bin ich noch ebenso überzeugt wie 1873 und 1899, als ich vor meinen Wählern erklärte, daß die Gewalt nicht ein Mittel der sozialen Umwälzung sein könne.

Wein, mein! Bürger! Weder durch einen Coup, noch durch Gewalt, nicht durch die Diktatur, sei es die einer Person oder einer Partei, nicht durch die Gewalt und den Sieg erzieht und erringt das Proletariat seine Emanzipation. Die Arbeiterklasse wird den Sieg erringen, indem sie sich jeden Tag mehr dazu befreit, diszipliniert und sich selbst erzieht. Die Befreiung der Klasse, das wird der Preis sein der unangenehmen Anstrengungen, welche ihrem Lohn nicht bloß in dem Gefühl erfüllter Pflicht finden, sondern auch in den Verbesserungen in der Gegenwart, die mit jedem Tage bedeutender werden.

Es ist die Pflicht, die Aufgabe der republikanischen Regierung, diesen Umwälzungsprozess zu unterstützen. Diese Politik des Friedens, der Reformen, der geistlichen Organisation herbeizuführen ist notwendig und diese Politik ist notwendig Frankreichs und notwendig der Republik.“

Der neue Gesetzentwurf, den Millerand ankündigt, enthält einer Forderung der organisierten Arbeiter. Gelangen die obligatorischen Schiedsgerichte zur Einführung, so ist ein Mittel gegeben, langwierige und erregende Kämpfe in beiden Fällen zu vermeiden zu können.

### Ursachen der Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter.

Ueber Verhältnisse und Forderungen ergreifen im Vorjahre die Mitglieder des Vereins der deutschen Eisenarbeiter eine Einigung. Der Abzug 4 unter den Forderungen lautet: „Betriebsbedingungen in der Fabrik, Arbeiterausstände, Lohnmaterial- und Wagemangel, Arbeitslosigkeit, Krieg usw. können ebenfalls die

Lieferanten von der pünktlichen Einhaltung der Lieferfrist ohne den Geschäftsabluß aufzuheben.“

Wir riefen anlässlich der Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter: daß die Unternehmer von ungünstigen Lieferungsverträgen entbunden sein wollten, und das konnte am besten durch einen provozirten Streik erreicht werden, haben die Hamburger Werftarbeiter in den Lieferungsverträgen doch gleichfalls die sogenannte Streikklausel. Unsere Muthmaßungen werden bestätigt durch folgende Ausführungen des „Hamburger Echo“:

Die Ursachen der Aussperrung der Werftarbeiter sind immer noch nicht völlig bekannt. Die Scharfmacher gaben einen Grund an, dem es auch der Harmloseste anjah, daß er erlügen war. Der brutalen Natur der Werftarbeiter entspricht es zwar, Laufende Arbeiter dem Glend preiszugeben, wenn sechzig Arbeiter in einer günstigen Konjunktur eine fast lächerlich bescheidene Lohnforderung stellen. Mit täglich 12—15 M Mehrausgabe hätte man die Arbeiter befriedigen können. Daß wegen einer so lächerlich kleinen Summe nicht so viel Ärger gemacht wird, lag auf der Hand. Viel eher konnte man annehmen, daß die Scharfmacher einen Streik provoziren wollten, um mittels der Streikklausel von lästigen Verpflichtungen loszukommen. Jetzt ist der Jahresbericht der „Vereinigten Königs- und Laurahütte“ erschienen und darin sind Andeutungen enthalten, die einiges Licht auf die Motive werfen. Es heißt dort über die Folgen der Eisenpreise:

„Am Ende des Geschäftsjahres ergab sich gegen das Vorjahr eine Erhöhung der Eisenpreise um 30—40 % auf die Tonne und ein Preisstand, welcher demjenigen der Jahre 1879/80 und 1889/90 gleichkam. Dieser Preisstand erwies sich aber auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen als zu hoch. Die letzte Mithöhigung desselben durch die Verbände wurde seitens der Rundschaft größtentheils abgelehnt. Der Schiffsbau erklärte sich außer Stande, den Wettbewerb auf dem Weltmarkt mit diesen Preisen weiter zu führen, und große Maschinenfabriken u. A., welche durch die hohen Eisen- und Materialpreise, sowie durch die hohen Lohnsätze ihr flüssiges Betriebskapital mehr und mehr angepauert fanden, sahen sich trotz reichlich vorliegender Arbeit zu Einschränkungen des Betriebes gezwungen, um so mehr, als auch an der Börse Geldknappheit herrschte.“

Die Einschränkung des Betriebes trotz reichlich vorliegender Arbeit kann nur mit außergewöhnlichen Mitteln herbeigeführt werden. Da wird es erklärlich. Die Eisen- und Kohlenpreise haben eine Höhe erreicht, die man bei Uebernahme der Bestellung nicht voraussehen konnte. Ein Sinken der Preise in der nächsten Zukunft ließ sich annehmen. Die Ablieferung der Schiffe ließ sich nicht so lange hinausschieben. Es entspricht überhaupt nicht der Natur eines brutalen Kapitalisten, zu erklären: „Ich habe mich bei der Kalkulation verrechnet.“ Der brutale Kapitalist hat andere Mittel. Es ist ein Leichtes, unter so viel Arbeitern, wie hier beim Schiffsbau beschäftigt sind, eine Kategorie derart zu misshandeln, daß sie zum Streik greift. Die brutale Abweisung der Streikenden oder von Vertretern hundert den Friedensschluß. Durch Aussperrung von Arbeitern und entwürdigende Zumuthungen an die Arbeiterkassen bringt man den ganzen Betrieb zum Stillstand. Man hat sich durch die Streikklausel der Verpflichtungen entledigt. Auf dem Eisenmarkt kann man warten, bis die Preise sinken, und die Arbeiter läßt man fast Nacht fühlen. Nun braucht der Scharfmacher nur etwas Geld auszugeben, um künstliche Lohnschreiber zu besolden, damit dieses verwerfliche Spiel mit den Arbeitern als die Folge von Verzögerungen durch sozialdemokratische Agitatoren g. l. d. b. wird. Die Herren von der Laurahütte argern sich, daß dieses Manöver gegen die Eisenpreise gemacht ist. Sie sind zwar genug, das Verzeihen anzuplaudern und brandmarken dadurch ihre Gewinnungsgewinne als ganz gemeine Lügner. Denn daß außer in Hamburg trotz reichlicher Aufträge irgendwo in Deutschland eine erhebliche Einschränkung im Schiffsbau eingetreten ist, ist nirgends bekannt geworden.

### Mittheilungen aus der Metall-Industrie.

Der Verein deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller hat am 1. October in Berlin in Verbindung mit Vertretern der Kleinindustrie eine Versammlung abgehalten, um über die dem wirtschaftlichen Ausgange vorzuliegenden Verhältnisse zu beraten. Es waren hier ca. 40 Delegirte aus den verschiedenen Zweigen der Industrie anwesend. Ueber das Resultat dieser Beratungen herrscht zwar noch Schweigen, doch wird man nicht irren, wenn man annimmt, daß die Eisenbarone für einen möglichst hohen Schutzzoll eintreten, um bei Herabsetzung der ausländischen Konkurrenz die inländischen Arbeiter trotz erziehbiliger Löhne zu können.

Zwei faule Gründungen bedecken ihr Dasein: Die Rührberger Schmelzwerke und die Schwobacher Kupferhüttenwerke. Die beiden Unternehmungen wurden zu einer Zeit noch ins Werk gesetzt, als schon eine bedeutende Ueberproduktion von Kupfer vorhanden war. Die letztere Gesellschaft befindet sich nun in Liquidation, sie schloß das dritte Geschäftsjahr mit einem Verlust von 162,409 M bei einem Gesamtvermögen von 361,906 M. Die Schwobacher Firma, vor zwei Jahren neuerlich bekannt geworden durch den Streik wegen sporadischer Lohnansprüche, ist in Konkurs gerathen mit einem Bilanz von 7 1/2 Prozent für die Gläubiger.

Hohen Gewinns erzielte in dem am 30. April beendeten ersten Geschäftsjahr die aus der Firma Benz u. Co. hervorgegangene Aktiengesellschaft Benz u. Co., Aktiengesellschaft Garmisch-Partenkirchen (Grundkapital 1,000,000 M). Der Umsatz betrug 500,000 M und 650,000 M mit 2,734,206 M (2,123,097 M mehr wie im Vorjahre). Reingewinn: 667,552 M. Nach Abzug der Steuern und Verzinsung vertheilte reichlicher Löhnen an die Herren Direktoren ergabten die Aktionäre eine Dividende von 10 Prozent. Angesichts dieses gewiss anständig zu nennenden Kapitalgewinnes sollte man von der Firma doch erwarten dürfen, daß sie nicht bei den ersten Anzeichen planerter Geschäftsjahres Arbeiterentlassungen bega. Man gelassen vorlässt.

Die Zollwünsche der Schweizerischen Maschinenindustrie. Während unsere deutschen Eisenbarone für einen möglichst hohen Schutzzoll schwärmen, treten die Schweizerischen Maschinenindustriellen für mäßige Zölle ein. Die Schweizerische Maschinenfabrikation ist vorwiegend Exportindustrie und bedingt daher ziemlich freihändlerischen Grundsätzen. In einer Deutschrift für eine vom schweizerischen Handels- und Industrieverein veranstaltete handelspolitische Enquete sprachen die Maschinenfabrikanten den Wunsch aus, für die Rohmaterialien und Halbfabrikate, deren sie bedürfen, möglichst niedrige Eingangszölle in der Heimath und für ihre Produkte möglichst niedrige Zölle in den Absatzländern zu erhalten. Eine Reihe von Zollpositionen solle nicht höher angelegt werden, als es in den Konkurrenzländern der Fall ist, besonders in Deutschland, dies aber nur für den Fall, daß die bisherigen ausländischen, insbesondere deutschen Zölle noch über ihr jetziges Ausmaß erhöht würden. Ueberdies wurde das Verlangen gestellt, daß die Bezeichnungen im schweizerischen Zolltarife so weit als möglich mit jenen im Tarife der vier Nachbarländer in Einklang gebracht würden, um willkürlichen Auslegungen möglichst zu begegnen.

Frankreich galt bisher als das Land, in dem die meisten Automobile in Gebrauch sein sollten. Nun veröffentlicht aber Maurice Martin im „Velo“ eine Statistik nach amtlichen Dokumenten, wonach Ende 1899 in Frankreich an registrierten, besteuerten „Selbstfahrern“ vorhanden waren: 946 mit mehr als 2 Plätzen, 248 mit 2 Plätzen, zusammen 1672. Es fehlt also noch ein häßlicher Rest von den 100,000 Fahrzeugen, die angeblich in Frankreich in Betrieb sein sollen.

Ein amerikanischer Zinktruff von gigantischen Dimensionen soll ins Leben gerufen werden. Nach aus guter Quelle kommenden Mittheilungen sind es dem Standard Oil Truste nahestehende Finanziers (H. Rogers und Andere), die sich um das Zustandekommen des Geschäftes eifrig bekümmern. Dies klingt um so wahrscheinlicher, als der Standard Oil Trust sich seit langer Zeit für die Joinliner Zinkgruben eifrig interessiert. Die bevorstehende Konsolidirung soll nach obiger Quelle alle amerikanischen Zinkschmelzhütten umfassen, etwa nach dem Muster der American Smelting and Refining Co., welche Scheideanstalten für Gold, Silber und Blei betreibt. Die Gesellschaft soll in New Jersey mit dem Kapitale von 30 Millionen Dollars incorporirt werden.

Rußlands Eisenindustrie. Nach einer solchen veröffentlichten russischen Statistik wurden im 1. Semester im den russischen Eisenwerken hergestellt an Gußeisen 45,114,881 Pud, während im ganzen Jahre 1899 nur 82,491,000 Pud erzeugt wurden. An Fertigereisen und Stahl wurden im ersten Semester 1900 produziert 80,981,629 Pud (gegen 50,397,489 im ganzen Jahre 1899). Der Monat der lebhaftesten Thätigkeit war in diesem Jahre bisher der März. Von da an hat sich die monatliche Produktion etwas vermindert. Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeiter hob sich von 43,117 im Januar auf 45,678 im Juni.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

#### Bekanntmachung.

Wegen demnächst vorzunehmender Revision des Adressenverzeichnisses werden die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten um möglichst umgehende Angabe etwaiger Adressenänderungen ersucht.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend aufgeführten Verwaltungsräten die Erhebung einer Extrasteuer gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntniß gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtzahlung der Extrasteuern Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle Düsseldorf, Sektion der Fellenhauer und der Verwaltungsstelle Torgau die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 10 Pfg. für eine örtliche Unterstützungsstelle.

Bezüglich der vom Militär entlassenen Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß dieselben nur wieder in die Rechte eintreten können, die sie vor ihrem Eintritt in den Militärdienst besaßen haben. Da zu dieser Zeit die Arbeitslosenunterstützung noch nicht in der Form eingeführt war, können sie auch jetzt noch keinen Anspruch auf diese Unterstützung erheben, sondern müssen erst 1 Jahr lang die höheren (30 Pfg.) Beiträge bezahlt haben, ehe sie Anspruch auf Ortsunterstützung haben. Sie treten jedoch dann sofort in die ihrer Mitgliedschaftsdauer entsprechende Unterstützungsstufe.

Unter Bezugnahme auf die Ankündigung in unserer Bekanntmachung in Nr. 34 d. Z. und den folgenden bringen wir in Folgendem uns in letzter Zeit mitgetheilte Fehler der bei Reisegeldauszahlung zur allgemeinen Kenntniß und erwidern, derartige Vorkommnisse künftighin zu vermeiden.

Der Dreher Max Böck, B.-Nr. 249298, erhielt von der Verwaltungsstelle Mainz durch den Reisegeldauszahler Meyer 3 M, obwohl er bereits auf einer Tour mit 21 M ausgestattet war.

Der Schlosser Wilhelm Biele, B.-Nr. 288794, reiste am 18. August von Nürnberg ab und über München, Innsbruck, Konstanz nach der Schweiz. Seine Reise in der Schweiz erstreckte sich auf die Zeit vom 2.—17. September, worauf er wieder nach Deutschland zurückkehrte.

Er erhob auf der Reise auf der Straße von Nürnberg bis Konstanz in der Zeit vom 18.—31. August 4 11/4 M.

von Konstanz bis Schaffhausen in der Zeit vom 2.—17. September 4 1/2 M. zusammen bis dahin 4 16/20 M. Am 20. September sprach er in Freiburg in Breisgau vor, erhielt dort 3 M auf eine neu ausgestellte Reiselegitimation Nr. 1, und wurde ihm auf die abgenommene Reiselegitimation Nr. 1 eine solche mit Nr. 2 ausgestellt.

und nur der Betrag von 3 M vorgetragen, während er hätte erhalten sollen Reiselegitimation Nr. 14, auf der hätte vorgetragen sein müssen der Gesamte vom 18. August bis dahin erhobene Betrag von 19.0 M Die Verwaltungsstelle in Straßburg i. El. versiel in denselben Fehler, indem sie dem Reisenden am 23. September nochmals 3 M auszahlte und ihm eine Reiselegitimation Nr. 8, auf der sie 6 M als Gesamtreisegeldsumme vortrug, einhändigte. Nach der Dauer seiner Mitgliedschaft (der Eintritt war am 23. April 1899 erfolgt) hätte er nur 21 M auf einer Tour zu beanspruchen. Er durfte daher in Straßburg auf keinen Fall mehr als 1,80 M erhalten und durfte ihm keine weitere Reiselegitimation mehr ausgereicht werden.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg wegen Streikbruchs die Klemptner:

Table with 4 columns: Haupt-Nr., Name, Geburtsort, Jahr und Tag. Lists names like Hermann Aethelmer, Emil Hartels, Otto Dörwald, Eduard Hurst, August Blochmann, Hermann Matthies, Johannes Meyer, Andreas Olsen, Fritz Quigow, Wilhelm Studt, Wenzel Reyruther, Georg Wilkens.

Hilfsarbeiter.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Nürnberg, Sektion der Schmiede:

der Schmied Johann Zapf, geboren am 9. Mai ? zu Burtheim, B.-Nr. 325664, wegen Streikbruchs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Reiz:

der Schleifer Robert Waage, geb. am 13. Juli 1879 zu Reiz, B.-Nr. 328998, wegen unkollegialen Verhaltens.

Nicht wieder aufnahmefähig ist auf Antrag der Verwaltungsstelle Linden, Sektion der Feilenhauer: der Feilenhauer Wilhelm Gehlis, geb. am 2. April 1857 zu Linden, B.-Nr. 350841, wegen unkollegialen Verhaltens.

Der Schlosser Gustav Scharpe, geboren zu Rattenstedt, eingetreten in Borge a. Park, B.-Nr. 810082, schuldet an den Bevollmächtigten in Borge noch 9,60 M für Beitragsmarken. Derselbe wird hierdurch aufgefordert seinen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verbands erfolgt.

Dasselbe gilt von dem bisherigen Beitragsskaffer in Reizen, Oskar Hübnert, geboren am 18. August 1868 in Reizen, B.-Nr. 289886, der Reizen verlassen hat, ohne über 160 erhaltene Beitragsmarken abzurechnen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Chefrevor Wornow, Stuttgart, Poststraße 130/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß

Ihr Vorstand.

In der Monatskassierung pro September sind unter den eingegangenen Verbandsgeldern noch nachzutragen 2200 von Dresden.

Korrespondenzen.

Gold- und Silberarbeiter.

Berlin. Die Gold- und Silberarbeiter hielten am 10. Oktober im „Dresdener Garten“ eine Versammlung ab. Kollege Brückner gab den Bericht über den Verlauf der Bewegung. Er führt aus, daß es ohne Kampf gelungen sei, die neunstündige Arbeitszeit in den drei bedeutendsten Silberwarenfabriken einzuführen. Und zwar bei Weyen u. Co., bei Bollgold u. Sohn und bei Gebr. Petersfeld. Dann sei der Wunsch vieler erfüllt, er hoffe nun, daß, da der größte Teil der an dieser Bewegung beteiligten Kollegen anorganisiert sei, sich diese nun auch dem Verband anschließen würden. Des Weiteren bespricht Redner die Arbeitszeit in den anderen Geschäften der Gold- und Silberwarenbranche; es sei da zu konstatieren, daß in den meisten Geschäften eine neunstündige Arbeitszeit vorherrschend sei, in einzelnen Geschäften sei dieselbe unter neun Stunden. Hierauf theilt ein Kollege von der Firma Gjalder mit, daß Herr Gjalder in Anbetracht der Resultate der anderen Geschäfte gleichfalls die neunstündige Arbeitszeit bewilligt habe. Alendinger gibt hierauf noch bekannt, daß die Kollegen von Harusch, Rossmattinger, sich nach einer von ihm abgehaltenen Werksratsversammlung, 14 an der Zahl, organisiert hätten, selbige fanden der Organisation bis jetzt noch fern. Das sei als ein Zeichen aufzufassen, daß es allenthalben anfängt zu dämmern. Die Kollegen Brückner, Alendinger und Kame sprechen hierauf in berechneten Worten für Anschluss an den Verband. Ferner ermahnt Brückner noch alle Anwesenden, sich in gleich zahlreicher Weise wie heute an der am 30. Oktober stattfindenden Generalversammlung zu beteiligen.

Klemptner.

Hülfeldorf. Am Sonntag, den 7. Oktober, sollte eine öffentliche Klemptnerversammlung stattfinden mit der Tages-

ordnung: Der Verkauf unserer Lohnbewegung und was lehrt uns dieselbe. Es waren etwa 20 Mann erschienen und die Versammlung mußte ausfallen. Kollegen! Was soll das heißen? Vor dem Streit volle Votale und jetzt eine Interesslosigkeit, die noch nicht da war. Begreift Ihr denn nicht, daß durch ein solches Verhalten den Meistern der Kammer noch mehr schwillt. Wenn auch der Streit verloren gegangen ist, so sind doch die Löhne im Allgemeinen bedeutend gestiegen. Auch die 10stündige Arbeitszeit ist durchbrochen und in einer Reihe von Werksstätten die 9stündige eingeführt. 180 Klemptner und Installateure inkl. Fabrik-Klemptner gehören noch dem Verbands an. Wir haben also noch nicht die geringste Ursache, die Plinte ins Korn zu werfen. Ueber den Verlauf des Streiks ist zu berichten: Etwa 200 Mann legten am 1. August die Arbeit nieder. Nach Verlauf von 14 Tagen arbeiteten etwa 50 Mann zum neuen Tarif, und der Streit stand sehr günstig. Da zeigte es sich, daß wir eine große Anzahl noch sehr indifferenter Elemente unter uns hatten. Einer nach dem andern bröckelte ab und nach vierwöchentlicher Dauer war der Streik verloren. Wir hatten 45 Streikbrecher aus den eigenen Reihen zu verzeichnen. Zugug kam hauptsächlich aus Elberfeld-Warmen. An die hiesigen Kollegen richteten wir den Appell, wenn in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung stattfindet, dann erscheine Mann für Mann. Ziehen wir aus unserer Niederlage die richtigen Konsequenzen, dann ist der Streik doch nicht umsonst gewesen.

Metallarbeiter.

Aischersleben. Welch prächtiges Gebäude ist doch die Aischerslebener Maschinenfabrik vorm. W. Schmidt u. Co. und — im Inneren dieses Prachtbaues welche Zustände. Da fehlen an den Maschinen theilweise die notwendigsten Schutzvorrichtungen, die Drehbänke stehen zu eng beisammen, so daß es geradezu ein Wunder ist, daß nicht häufiger Unfälle zu verzeichnen sind. Durch gutbezahlte Borarbeiter hat es die Fabrikleitung verstanden, sich ein müßiggelantes Treiber-System zu schaffen, das aber dem Betriebe schon häufig zum Schaden war, denn tüchtige Arbeiter lassen sich nicht wie Schulhuben behandeln. Nicht zu den Gebildeten ihres Standes zählen der Ober- und der Schlossermeister, zwei Brüder, die nach unserer Meinung besser thäten sich im Umgang mit den Arbeitern eines anständigeren Tones zu betheiligen. Vor einigen Wochen wurde ein Tuberkulose-Merkblatt angeschlagen, nach dem zu handeln sich zwar die Arbeiter bemühen, doch keineswegs die Fabrikleitung, denn sonst müßte die Ventilation der Fabrikräume eine andere sein. Man dürfte sich nicht auf das Offenlassen von Thüren und Fenstern beschränken, sondern Vorrichtungen schaffen, die in der kälteren Jahreszeit verhindern, daß sich die Arbeiter der Gefahr aussetzen zu erfrühen, wenn sie frische Luft haben wollen. Kollegen, tretet dem D. M. A. bei, dann können wir mit Nachdruck auf die Beseitigung solcher Uebelstände dringen.

Zugsburg. Die hiesige allgemeine Verwaltungsstelle hielt am 6. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der zunächst vom Kassier Köhler gegebene Bericht löst erkennen, daß sich durch das Einlasserwesen auch die Beitragsleistung über den Durchschnitt von 10 Beiträgen pro Mitglied und Quartal gesteigert hatte und somit als erfreulich bezeichnet werden kann. Ueber Agitation und allgemeine Thätigkeit gab Kollege Frisch den Bericht, aus dem hervorzugehen ist, daß im vergangenen Quartal nicht weniger als 82 Versammlungen und Besprechungen von verschiedenen Branchen und Werkstätten z. z. stattgefunden haben und als Erfolg eine Steigerung der Mitgliederzahl von 816 auf 888 aufzuweisen ist. In zwei Fällen sei es auch gelungen, Entlassungen resp. verschärfte Arbeitsordnungen anzuhalten. Die vielfachen Anfragen in Bezug auf die Sozialgesetzgebung, sowie die Gewerbeordnung lassen den Mangel eines Arbeitersekretariats am hiesigen Orte recht deutlich erkennen. Daß für die Bororte Wöggingen und Oberhausen kein Gewerbegebiet besteht, habe für die Arbeiterchaft auch in diesem Quartal wieder mehrfache Veranlassung gehabt. Redner schließt mit dem Hinweis auf die anscheinend drohende Krisis, die es erheischt, daß die Kollegen rege mitarbeiten an dem Ausbau der Organisation.

Frankfurt a. M. Ein überaus erfreuliches Beispiel einmütigen Zusammenstehens gaben am 8. Oktober die Arbeiter der Frankfurter Maschinenfabrik, in Firma Schrader und Mübiger, Aktiengesellschaft. Die Gesellschaft befand sich schon seit geraumer Zeit damit, den Ausfall an Gewinn an den von ihr produzierten Holzbearbeitungs-Maschinen auf die Arbeiter abzuwälzen, indem sie eine Reduzierung der Arbeitspreise vornehmen wollte. Nun ist aber die Arbeiterchaft der Fabrik in ihrer übergroßen Mehrzahl (90 Proz.) in Zentralverbänden organisiert und getüzt auf die Ausüßung eines festen Rückhalts in denselben zögerte sie denn auch keinen Moment, die gedachten Abzüge zurückzuweisen. Die vollständige Beteiligung am Ausstand (es blieben nur 2 Tagelöhner und der Borarbeiter der Schreiner stehen) hätte unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen bei einem nur einigermaßen guten Geschäftsgange sicherlich schwere Folgen für den Fabrikanten gehabt. So sehr aber unseren Kapitalisten eine festgefügte Organisation unter den Arbeitern bei einer lebhaften Konjunktur im Wagen liegt, weil sie ja beständig in der Zukunft leben müssen, die Letzteren können durch einen gemeinsamen heroischen Zugjähndnisse erzwingen und somit den dreimal heiligen Profit gefährden, so freudig begrüssen sie es, wenn bei einem Darniederliegen der Industrie sich die Anhänger der Gewerkschaften provozieren lassen und so bei ungleichen Chancen in eine längere Arbeitslosigkeit eintreten. Der Kapitalistenklingel verfolgt damit einen doppelten Zweck, erstens glaubte er die wohlgefügten Reihen der Verbände zu erleichtern, und nebenbei wird die Absicht verfolgt, durch Einstellung der Produktion für einige Zeit, mit dem Borath aufzuräumen zu können. Zweitens will sich damit das egoistische Unternehmertum der Verpflichtung überheben, die Arbeiter auch zu Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs beschäftigt zu müssen, wolvollend, daß gerade in Folge der allgemeinen Arbeitslosigkeit sie ihrer besten Arbeitskräfte dennoch nicht verlustig geben werden. Herr Schrader sprach sich denn auch unverpönt dahin gehend aus, wie er sich auch nicht geniere, durchblicken zu lassen, daß seine Arbeiter an Solidarität nichts zu wünschen übrig liegen und jedenfalls auch ein scharfes Auge haben, wenn

bei erhöhter Nachfrage die Arbeitsgelegenheit sich mehre, um mittheilzunehmen an einer allgemeinen Aufbesserung der Preise. Im Uebrigen muß auch anerkannt werden, daß jene Unternehmer, welche einmal Gelegenheit hatten, die Macht einer gut organisierten, disziplinierten Arbeiterchaft entfalteten zu sehen, es gewöhnlich nicht aufs Aeußerste antworten lassen, sich der Thatsache nicht verschließend, daß die Arbeiter für derlei Vorkommnisse ein gutes Gedächtnis haben und schließlich umsomehr Anlaß nehmen werden, eine für sie günstigere Geschäftsperiode gründlich auszunützen. Zu Besten gehört auch Herr Schrader, welcher, abgesehen von einigen dierigen Drohungen, im großen Ganzen jedoch einen nach Verständigung suchenden Standpunkt einnimmt und so kam es, daß aus einer allgemeinen Preisreduktion eine Preisregulierung geworden ist, wobei, wenn Herr Schrader sich streng an sein gegebenes Wort hält, immerhin gewisse Garantien geboten sind, die den Arbeitern schließlich einen auskömmlichen Verdienst sichern. Möge das für die Arbeiter in den anderen Fabriken der Metallbranche ein Ausspro sein, sich zeitig durch Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband vor jeder Eventualität zu sichern und unsere Macht vergrößern zu helfen.

Hamburg. Während der Aussperrung der Werksarbeiter war der Zugang von Metallarbeitern aller Branchen nach hier äußerst gering. Raum war die Aussperrung aufgehoben, als sich auch schon ein Zugang bemerkbar machte, wie er ähnlich seit langer Zeit nicht beobachtet worden ist. Die bekannten Arbeitsnachweise sind von Arbeitssuchenden förmlich belagert, besonders macht sich dies vor dem beschäftigten Bureau der Eisen-Industriellen am Exzentanz bemerkbar. Dieser starke Zugang ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Während der Dauer der zwölfwöchigen Aussperrung haben die klassenbewußten Arbeiter ihre Wanderlust nach Hamburg zurückgedämmt. Jetzt kommen sie in großen Schaaren nach hier in der Meinung, daß Arbeitsgelegenheit in Hülle und Fülle vorhanden sei. Die Meisten erleben jedoch eine bittere Enttäuschung, ebenso die nach Hamburg gekommenen Reservisten, denen zum Theil schon vor einigen Wochen in ihrer resp. Garnisonorten von den Werbeagenten und anderen Leuten gesagt worden ist, daß in Hamburg für Metallarbeiter aller Branchen ein reiches Arbeitsfeld sei. Zur Zeit befinden sich in Hamburg noch 280 Aussperrte, die noch nicht wieder eingestellt worden sind. Wer sich vor Enttäuschung bewahren will, der wäge im Interesse der Aussperrten wie im eigenen Interesse vorläufig noch seine Absicht nach Hamburg.

Frankfurt. Am 6. Oktober fand in Saale der Restauration Köhler ein gutbesuchtes öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Kollege Schlichte-Stuttgart referierte über: „Die Unternehmerverbände und ihre Verhältnisse“ und Kollege Bretschneider-Frankfurt über: „Die Lage der Karlsruher Metallarbeiter“. Kollege Schlichte verband es, die Unternehmerverbände, die eine große Macht geworden sind, in das richtige Licht zu setzen. Er ließ aus einem Bild in die innere Konstitution dieser Verbände thun, und wir sehen, mit was für geistlichen und ungelieblichen Mitteln sie ihre Mitglieder zu halten suchen. Man ist in einzelnen Städten mit dem Unternehmer-Terrorismus schon dahin gekommen, daß diejenigen, die nicht mit durch Dick und Dünn gehen, in Beruf erklärt, daß sie gesellschaftlich unmöglich gemacht werden. Redner berührt insbesondere ihre Stellung den Organisationen der Arbeiter gegenüber. Durch brutale Gewalt, Anschreien der Arbeitsnachweise, Wagnelung und Aussperrungen suchen sie die Arbeiterverbände zu sprengen und zu vernichten. Sie suchen diejenigen Arbeiter, die ihnen unliebsam geworden sind, vermittelst ihrer Arbeitsnachweise brodeln zu machen, dem Elend und Hunger preiszugeben. Um diesem menschenunwürdigen Treiben einen festen Damm entgegenzusetzen, bedarf es einer geschlossenen Masse von Arbeitern, die uns noch fernstehenden Leuten heranzuziehen und zu tüchtigen Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu schulen. — Kollege Bretschneider führte ungefähr Folgendes aus: Die Preise für den Lebensunterhalt steigen fortwährend in die Höhe, die Lohnsteigerung halte damit nicht gleichen Schritt. Die Löhne stiegen in den letzten Jahren nur um ungefähr 20 Pfg. Große Schuld daran hätten die ländlichen Arbeiter, die in der Stadt die Löhne zum Theil drücken, da sie nicht ausschließlich davon ihren Unterhalt bestreiten. Die Krise hat zum Theil schon ihren Anfang genommen. Alte erfahrene Arbeiter mit einigermaßen guten Löhnen werden entlassen und junge schlecht bezahlte eingestellt. Geradezu unerhört ist es, wenn gelernte Arbeiter mit 15—20 Pfg. pro Stunde abgebeißt werden. Angesichts dieser Thatsache ist es um so bebaulich, daß sich Arbeiter verschiedener Fabriken, so bei Junker und Kuh, in einen förmlichen Hartmontedüsel mit dem Unternehmer hineinbegeben, anstatt sich zu organisieren. Denn gerade hier ist auch nicht alles Gold was glänzt. Auch die Eisenbahn-Werkschaffmeisterstätte ist eher alles als ein Müster, woran die Arbeiter auch mit Schuld tragen. Zum Schluß seiner Ausführungen weist Redner auf die Arbeitslosen-Unterstützung hin, die in Anbetracht der kommenden Krise einigermaßen den Mitgliedern aus Noth und Glend hilft. Nach den beiden vorzüglichen Referaten entwickelte sich eine rege Diskussion, in der noch manche Mißstände zu Tage gefördert wurden. Möge die Versammlung dazu beigetragen haben, immer größerer Schichten der Indifferenten dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande zuzuführen.

Mannheim. In Nr. 40 unseres Organs ist bereits berichtet über die Lage der hiesigen Metallarbeiter und speziell über das frivole Vorgehen der Firma Benz u. Co. Die Firma Benz hat wohl nur ihre eigenen Interessen im Auge gehabt, als sie ältere Arbeiter, die schon Jahre lang an dem Profit der Firma mitgearbeitet hatten, und sich nur zu Schulden hatten kommen lassen, für ihre Arbeitskollegen einzusetzen, wozu sie als Mitglieder des Arbeiterausschusses genannter Fabrik verpflichtet waren, auf das Pflafer setzte. Mit ihrem Vorgehen hat obige Firma nur der gesamten Arbeiterchaft Mannheims die Wahrheit der Worte: „Einigkeit macht stark“, klar bewiesen. Am Sonntag, den 7. Oktober, fand im großen Saale der Zentrallhalle eine öffentliche Protestversammlung statt, die vom Friedrich-Dumler'schen Gewerbeverein, dem christlichen Arbeiterverein und unserer Organisation einberufen war. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Maßregelung der Arbeiterausschussmitglieder bei Benz u. Co.“

referierte Kollege Klein. Im Großen und Ganzen sind die Ausführungen des Redners schon in Nr. 40 angeführt. Zum zweiten Punkt referierte Herr W. Gleichauf (Strich-Dunder) über den Gewerkschaften: „Unternehmensethik und Arbeitervertretung.“ In seinen mit Beifall aufgenommenen Ausführungen geisterte Redner scharf das Vorgehen der Firma Benz u. Co. Gegenüber einem solchen Vorgehen sei es die Pflicht und heilige Pflicht einer jeden Arbeiterorganisation ihre politischen und religiösen Ansichten aus dem Spiele zu lassen und geschlossen gegen das Unternehmertum, das sich nicht scheut, dem Arbeiter den letzten Blutstropfen auszupressen und ihn dann wie eine ausgepresste Zitrone auf die Straße zu werfen, Front zu machen. Speziell in der Fabrik von Benz sei einigen Personen, nicht auf Grund ihrer Kenntnisse, sondern lediglich durch Schmeicheleien u. dgl., der Posten als Meister übertragen worden. Diese Personen seien nicht geeignet, zu unterscheiden, was recht und unrecht ist, sie seien eher Schulkleute und Genarben, die nur den als tadellos betrachteten, der sich durch Speichelleckerei u. dgl. ihre Sympathie erworben hat. Redner schließt mit den Worten: Ein gemeinsames Breviergehen wird uns in die Lage versetzen, gewappnet mit dem Panzer der Solidarität, unsere Rechte zu erzwingen, mit dem Auge: Strengste Strafe Demjenigen, der es wagt einen Arbeiter an der freiwilligen Arbeit zu hindern. Arbeitersekretär Kagenstein begrüßte es, daß die verschiedenen Organisationen endlich gewillt schienen, ihre Reihen zu unterlassen und geschlossen gegen unsere Ausbeuter Front zu machen. Mit den Worten: Ihr habt die Macht, wenn Ihr einzig seid, schloß Kagenstein seine Ausführungen. Herr Schneider drückte die Bereitwilligkeit der christlichen Gewerkschaften aus, ebenfalls in allen Interessensfragen geschlossen mit den übrigen Organisationen Hand in Hand zu gehen. Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute im Saale der „Zentralhalle“ von allen hier am Platze organisierten Arbeitern einberufene Protestversammlung zur Stellungnahme gegen die Maßregelung der Arbeiterausbeuter und andere organisierte Arbeiter der Firma Benz u. Co. verurteilt mit aller Entschiedenheit das Vorgehen der Firma und verpflichtet mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dem entgegenzuarbeiten. Weiter protestiert die Versammlung energisch gegen das rigorose Vorgehen der Meister dieser Firma betr. der Entlassungen der Arbeiterausbeuter und ist der Meinung, daß es eines Direktors nicht würdig ist, seine Autorität in Hinsicht auf die Einstellung und Entlassung von Arbeitern soweit aus seinen Händen in die Hände seiner Meister zu legen, daß derartige Maßregelungen von Arbeitern, die den Rath befehlen haben, für die Arbeiter einzutreten und somit den Meistern mißliebig geworden, vorgenommen sind. Insbesondere verpflichtet sich die Versammlung resp. jeder organisierte Arbeiter für Ausdehnung der bestehenden Organisationen zu sorgen, um somit Korporationen zu schaffen, welche geeignet sind in allen wirtschaftlichen Fragen den freivollen Willen des Unternehmertums einen festen Damm entgegenstellen zu können.“ Mit einem Hoch auf die Fruchtbarkeit der Organisation schloß der Vorsitzende, Kollege Herr Schneider, die Versammlung.

**Münster.** Es ist vollbracht! Nicht geknaggt, sondern aufs Pfalter geworfen hat man ihn, den Hühnerhüter, der es wagte, mit dem, was man ihm gab, nicht zufrieden zu sein. Eine recht eigentümliche Affordverrechnung wollte der Herr Wertmeister Düdel in der Motorenfabrik, Fortschrittsfabrik, einfließen, indem er einem Schlosser 92 Stück Kolbenringe per Stück 30  $\frac{1}{2}$  früher 50, dann 40  $\frac{1}{2}$  zu machen übergab. Wie erkannte war aber der Arbeiter, als man ihm fast 92 Ringe nur 17 Stück zur Auszahlung verrecknete. Auf Befragen wurde die Sache dahin erklärt, daß zu jedem Kolben ein Ersatzring gratis gemacht werden müßte. Diese Angelegenheit kam in einer Werkstättenversammlung zur Sprache und eine dreigliedrige Kommission wurde beauftragt, dafür einzutreten, daß derartige Manipulationen hintangehalten würden. Es stellte sich jedoch gleich heraus, daß sich ein Kollege nur deshalb wählen ließ, um die Angelegenheit hintanzuhalten. Auch der Herr Wertmeister hat seine ganze Redebühne auf, ja nicht bei der Firma wofällig zu werden. Derlorne Mühe — die Kommission beharrte auf ihrem Versammlungsbeschluss und sie mußte zugelassen werden. Da stellte es sich heraus, daß derartige Anwürfen nur vom Meister ausgehen. Der Arbeiter kam zu seinem ehelich verdienten Affordlohn, auch weiteren Wünschen wurde entsprochen. Doch fand sich außer einem Kommissionsmitglied noch ein Kollege, der Scherzen mit dem humanen Wertmeister hatte. Die Beiden dominierten uns darauf los, daß es ein großes Unrecht sei, den Meister so zu blamieren. Mit Tage später wurde dem Unzufriedenen vom Meister erklärt, er solle sich nach anderer Arbeit umsehen, da er noch 4-5 Mann wegen Arbeitsmangel entlassen müßte, er sehe ihn als einen Familienvater vorher in Anspruch, was ledigen gegenüber nicht gehehe. Auf Befragen des Arbeiters, warum gerade er der Erste zum Entlassen sei, da er doch schon zu den Letzten zähle, wurde ihm die Antwort, daß er die Verhältnisse in der Werkstätte nicht kenne, denn einen jungen Buchsen Kasse er nicht entlassen, weil sein Vater Vertreter der Firma sei. Gogo mag der Herr Wertmeister, der den ganzen Sommer sich redete, um im Winter Arbeit zu haben, auf das Pfalter. Nun eine Frage an Herrn Düdel. Warum hat er vor fünf Wochen noch einen Kollegen, der in Arbeit stand, haken lassen, wo man doch schon wußte, daß keine Arbeit vorhanden ist? Sollte hier der Sinn dem Arbeiter den Weg räumen haben müssen oder sollte auch diesen noch das Gehalt eines Hühnerhüters treffen, da auch er fast eines Vaters, der Vertreter der Firma ist, nur Frau und Kinder besitzt? — Mögen diese Rellen dazu dienen, den Kollegen A. und S. die Augen zu öffnen, daß man mit Scherzreden sich selbst und der Allgemeinheit nichts nützen kann.

**Oberrhein.** In der Gegend um Göttingen Maschinenfabrik (für Schiffs- und Seebauindustrie) herrschen Mißstände, deren Abstellung nur durch Publikation in der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung herbeigeführt werden kann. In der Fabrik sind lauter unorganisierte Arbeiter, kommt einmal ein Organisierte hin, so wird er wieder hinausgeworfen. Die Firma hat kein in ausreichenden Beträgen die Maschinenarbeiter bei hohem Lohn und demnach Beschäftigung. Sind die Leute hier, so herrt ihrer bittere Enttäuschung, das Lagerhaus wird nicht gehalten, und über kurz oder lang

jorgen die in der Fabrik großgezogenen Augenbiener dafür, daß sie es auf dem schnellsten Wege wieder verschwinden. Der Schlosser Wall hat als Ausschußmitglied die Kühnheit befohlen, ohne daß seine Mitarbeiter etwas wußten, bei der Fabrikleitung die sofortige Entlassung des Kollegen B. im Namen sämtlicher Arbeiter zu fordern. Da B. sechs-wöchentliche Kündigung hatte, konnte der Herzenswunsch W.'s nicht sofort in Erfüllung gehen. Auch die Reinigung der Aborte, Beschaffung des Trinkwassers u. s. w. lassen zu wünschen übrig. Troßdem und trotz Aufforderung unserer-seits fühlen sich die meisten Arbeiter nicht veranlaßt, aus ihrem Stumpfsinn sich aufzurütteln und sich der Organisation anzuschließen, um für Verbesserung ihrer Lage einzutreten.

**Oggersheim.** Unsere Mitgliederversammlung fand am 6. Oktober im Feldschlößchen statt. Leider sind die Versammlungen regelmäßig sehr schlecht besucht. In letzter Zeit waren jeweils nur 12-20 Mann erschienen. Wir eruchten die Mitglieder mehr zu agitieren, damit unsere Zahlstelle vorwärts kommt. Es wurden drei Mann als Vertreter für die kommende Gewerkschaftswahl in November gewählt.

**Posen.** Zu den hiesigen Gewerkschaften, die in hervorragender Weise den Chikanen der Polizei ausgekehrt sind, ist nunmehr auch die unsrige getreten. Bisher konnten wir in dem Lokale der Herberge unsere wöchentlichen Mitglieder-Versammlungen abhalten. Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, uns das Lokal abzutreiben. Diese kleinen Maßnahmen, durch die die Polizei für uns unfreiwillig agitiert, werden natürlich ihre Wirkung nicht verfehlen und auch die Posener Metallarbeiter darüber aufklären, daß sowohl Behörden als auch Unternehmer gegen sie sind. Die Chikanen der Posener Polizei werden übrigens nächstens in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung beleuchtet werden.

**Reichshausen.** Sonntag, den 7. Oktober, fand im „Deutschen Haus“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Mohrloch-Berlin über die „Neutralität der Gewerkschaften“ referierte. Kollege Mohrloch legte der Versammlung zum Schluß seiner Ausführungen eine Resolution vor, die keine Unterstützung fand. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, in der sämtliche Redner sich gegen die Ansichten des Referenten aussprachen. Kollege Denel brachte eine Resolution ein, die unterstützt wurde, doch zog D. nach weiterer Aussprache seine Resolution bis auf Weiteres zurück und soll diese in der nächsten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung auf die Tagesordnung gestellt werden. Nach einer Aufforderung des Bevollmächtigten, die Versammlungen besser zu besuchen, trat Schluß der Versammlung ein.

**Sachsenhausen.** Wir ersuchen dringend darum, den Zugang von Gürtlern, Formern und Schlossern nach hier fern zu halten! Mißstände in der Metall-Industrie, früher Fahrradwerke Welt-Had, Bericht folgt.

**Ulm.** Kollege Herrmann-Stuttgart sprach am 6. Oktober in einer öffentlichen Versammlung über die Lage der Metallarbeiter und die Nothwendigkeit der Organisation. Redner verstand es in seinem 1 1/2 stündigen Vortrag die Zuhörer vollständig zu fesseln. Es ist nur schade, daß der Besuch ein solch geringer war. Selbst die organisierten Kollegen finden es nicht einmal der Mühe werth in eine solche Versammlung zu kommen, trotzdem sie Alle wissen, wie Noth es hier am Platze wäre. Die Löhne bewegen sich zwischen 2,20-3,40  $\frac{1}{2}$  täglich. Man sollte es nicht glauben, daß unter solchen Verhältnissen von 2000 Metallarbeitern nur 60 Mann zur Versammlung kommen. Kollegen, tretet ein in unseren Verband, nur so erreicht ihr was euch Noth thut. Besonders den Arbeitern der Firma Gebr. Braun möchten wir dies zurufen. Diese Werkstätte werden wir in der nächsten Zeit eingehender behandeln. Darum nochmals Kollegen, laßt eure Parole sein: Metallarbeiter organisiert euch.

**Zuffenhausen.** Schon seit Jahren herrschen bei der Firma A. Blessing, landwirtschaftliche Maschinenfabrik hier, nicht die besten Arbeitsverhältnisse, worüber schon früher berichtet wurde. Besonders haben die organisierten Arbeiter den starken Arm des Direktors Epohn zu fühlen. Einem Arbeiter, welcher dem Metallarbeiter-Verband angehört, passierte ein Unglücksfall, der ihn fast um das linke Auge gebracht hätte. Als er aus der Augenklammer entlassen wurde, kündigte man ihm in der Fabrik das Jahrgeld dieses Vorgehens scheint aber der Fabrikleitung selbst zum Bewußtsein gekommen zu sein, denn die Kündigung wurde wieder zurückgenommen. Es dauerte aber nur 6 Wochen, dann wurde die Kündigung wiederholt und aufrecht erhalten. Einem anderen Arbeiter, welcher ebenfalls dem Verband angehört, wurde nach einer 3-wöchigen Krankheit gekündigt. Das geschieht man in einem Geschäft, das eine eigene Fabrik-Transportsache hat, in welche die Arbeiter zahlen müssen! Sie zahlen jahrelang ihre Beiträge, werden sie aber ohne eigenes Verschulden krank, so wartet man den Zeitpunkt ab, wo sie sich wieder bewegen können, und wirft sie dann auf's Pfalter! Das ist um so entsetzlicher zu betonen, wenn die Werkführer mit den Leistungen der Betreffenden zufrieden waren, wie das hier der Fall war. Auf Befragen der Beiden, warum ihnen denn gekündigt worden, da doch genug Arbeit vorhanden sei, erklärten die Werkführer, daß sie davon noch nichts wüßten. Herr Epohn hat von jeder den Trägern und Schwärmern ein geistiges Dje geschenkt. Und daß man den Verbandsmitgliedern noch nie „Gut“ war, dafür liegen von selber genügend Beweise vor.

**Feilenhauer.**

**Borken.** Eine Kunstwerkstatt ist die Dortmunder Feilenfabrik von Reinecke. Sie in allen Werkstätten, wo Feilen gemacht werden sind und die Feilenhauer im Afford arbeiten, herrschen auch hier große Mißstände. Die beste Arbeit löst man auf der Maschine verfertigen, die schlechte bekommen die Handhauer. Die kleineren Unternehmer in Dortmund sind doch wenigstens so anständig und geben den Arbeitern besser bezahlte Feilen, so der Tarif am Orte sehr niedrig ist. In oben genannter Fabrik erhalten die Affordarbeiter schlechter bezahlte Feilenarten und obenreih ist der Feilenpreis noch niedriger wie in den anderen Werkstätten. Für eine halbrunde Feile von 10 Zoll zahlt Herr Reinecke 11  $\frac{1}{2}$ , 12 Zoll 12  $\frac{1}{2}$ , 12 Zoll 14  $\frac{1}{2}$ , 15 Zoll 15  $\frac{1}{2}$ , 14 Zoll 16  $\frac{1}{2}$  u. s. w. Gestrichelt ist es da, daß der Verdienst in 14 Tagen nicht selten nur 30  $\frac{1}{2}$  beträgt. Bei diesen traurigen Löhnen wird noch der Lohn von fünf Tagen zurückbehalten. Auch müssen die Feiler ohne Vergütung ge-

schmiedet werden. Diese Werkstatt scheint einzig in dieser Art dazustehen. Dabei sind die Verbrauchsausgaben zum Lebensunterhalt in Dortmund ziemlich hohe. Herr Reinecke erklärte, er würde in 14 Tagen 60  $\frac{1}{2}$  verdienen. Er hat es aber unterlassen, dies einmal vorzumachen. — Das sind Zustände, wie sie in unserer Branche selten berichtet werden können. Wir begreifen nicht, daß da noch ein junger Mensch die Feilenhauererlernen mag, wenn er noch weniger verdient wie ein gewöhnlicher Tagelöhner. Wir hielten es für unsere Pflicht, die Zustände der Deffentlichkeit zu übergeben. Daß Herr Reinecke nun für Abschaffung dieser himmel-schreienden Zustände sorgt, ist zu bezweifeln. — Weiter machen wir bekannt, daß am Orte ein Arbeitsnachweis errichtet worden ist. Derselbe befindet sich bei H. Tellermann, Bornstr. 87, Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 8 bis 9 Uhr. Das Umschauen ist verboten. Zumbierhandelnbe gehen des Geschehenes verlustig.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg.) Bekanntmachung.**

Die örtlichen Verwaltungen werden ersucht, die zu Anfang 1900 notwendigen Erfassbücher umgehend unter Angabe von Hauptnummer, Vor- und Zuname zu bestellen, da sonst eine pünktliche Zusendung der Erfassbücher unmöglich ist. Die rapide Zunahme unserer Kasse an Mitgliedern und Verwaltungen stellt die weitere Anstellung eines Hilfsarbeiters im Bureau der Kasse nothwendig. Mitglieder, welche auf diesen Posten rekrutieren, der mit 86  $\frac{1}{2}$  wöchentlich befolgt wird, werden ersucht, eine selbstgeschriebene Offerte, welche auch die Hauptnummer des Mitgliedsbuches enthalten muß, spätestens bis zum 5. November an die Hauptverwaltung einzusenden. — Da in letzter Zeit die Erfahrung gelehrt hat, daß unsere Kasse durch neu beigetretene Mitglieder ganz unverhältnismäßig ausgedehnt wird, so machen wir den Ortsverwaltungen zur Pflicht, in allen Fällen, in denen ein Mitglied sich mit oder bald nach Ablauf der 13-wöchigen Karenzzeit krank meldet, abgesehen von Unfällen, sofort Erkundigungen einzuziehen, ob der Betreffende nicht schon vor seinem Beitritt mit einer Krankheit behaftet war, die er bei seinem Beitritt verschwiegen hat. Wird konstatiert, daß der Betreffende schon vor seinem Beitritt krank war, so ist dem Vorstände Bericht zu erstatten und bis zur Entscheidung desselben kein Krankengeld an das betreffende Mitglied zu zahlen.

Hamburg, 13. Oktober 1900.  
Mit Gruß  
Der Vorstand.

Ein Mitgliedsbuch auf den Namen Jakob Handle, Nr. 114,980, ist gefunden worden und beim Bevollmächtigten, Herrn Ferd. Wänzer, Durlach, Amalienstr. 21, abgegeben. Selbiges ist von dort zu beziehen.

Am Sonnabend, den 17. November, Abends 8 Uhr, feiern die Filialen von Hamburg und Umgegend das 20-jährige Stiftungsfest unserer Kasse im Hornhardt'schen Etablissement. Auswärtige Mitglieder sind herzlich willkommen!  
F. A.: G. F. Brand.

**An die Ortsverwaltungen des Agitationsbezirks Schleswig-Holstein, Lübeck und Lauenburg.**

In der Adresse des Vorsitzenden der Agitations-Kommission ist eine Aenderung eingetreten und ist die neue Adresse jetzt R. Wiffel, Kiel, Baseler-Allee 66,8.

**Die „Reform“ der Bäckereiverordnung.**

Die Mittelstandskretter haben nun nach jahrelangem Drängen die Regierung dahin gebracht, daß diese sich bereit erklärt hat, die seiner Zeit vom Bundesrath erlassenen Vorschriften für Bäckereibetriebe zu reformiren. Daß diese „Reform“ eine Verschlechterung für die in Bäckereibetrieben beschäftigten Arbeiter bedeutet, ist nach Allen, was wir von den sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung wissen, selbstverständlich. Man kann uns darüber nicht hinwegtäuschen, daß bei der „Reform“ besonderes Gewicht auf die Beseitigung der sanitären Mißstände, die in den Bäckereien allgemein herrschen, gelegt werden soll. In dem Erlaß des preussischen Handelsministers Bresfeld finden wir folgende Angaben:

„Nach den aus verschiedenen Bezirken vorliegenden amtlichen Ermittlungen, die neuerdings durch gerichtliche Feststellungen bestätigt worden sind, kann nicht wohl bezweifelt werden, daß in vielen Bäckereien erhebliche Mißstände hinsichtlich der Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeits- und Betriebsräume herrschen. Die Arbeitsräume liegen vielfach im Keller und gewöhnlich zu wenig Licht und Luft, die Temperatur in ihnen ist häufig zu hoch, die Sauberkeit in den Bäckerräumen, die Beschaffenheit und Sitzgelegenheit für die Arbeiter lassen vielfach zu wünschen übrig. Daneben bestehen auch hinsichtlich der Unterbringung der Gehilfen und Lehrlinge bei den Arbeitgebern nach den vorliegenden Ermittlungen an zahlreichen Orten äußerst bedenkliche Mißstände in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung. Um dem gegenüber den Anforderungen, die im Interesse der Gesundheit der Arbeiter an die Einrichtung und den Betrieb der Bäckereien gestellt werden müssen, die erforderliche Beachtung zu sichern, wird auf den Erlaß weiterer reichsgesetzlicher Bestimmungen neben den Vorschriften der Verordnung des Bundesraths betreffend den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien vom 4. März 1896 Bedacht zu nehmen sein. Diese Bestimmungen werden für alle Betriebe in Aussicht zu nehmen sein, worin Arbeiter beschäftigt werden.“

Die zuständigen Aufsichtsbehörden sollen sich darüber äußern, ob diese Vorschriften allgemein durchgeführt werden können und es wird im Einzelnen dazu bemerkt:

1. Duffir, daß ähnliche Mängel wie in den Bäckereien auch in den Konditoreien bestehen, in denen neben den Konditorwaren auch Bäckereiwaren hergestellt werden, bieten die bisherigen Ermittlungen nur vereinzelte Anhaltspunkte. Insbesondere erscheint es mit Rücksicht darauf, daß auch in diesen Betrieben die Defekte vielfach im Keller liegen und daß die Betriebsverhältnisse der „gemischten“ Konditoreien denjenigen der reinen Bäckereien sehr ähnlich sind, vorläufig ratsam, die Bestimmungen auch für diejenigen Konditoreien zu erlassen, welche Konditorwaren und Bäckereiwaren herstellen. Für eine solche gleichmäßige Behandlung beider Arten von Betrieben spricht zudem auch die Rücksicht auf die Konkurrenz, die hinsichtlich mancher Waren zwischen den Bäckern und Konditoren besteht.

2. Es ist davon abzugehen, über das Mindestmaß der Breite und Höhe der Fenster und der öfFnungsfähigen Fensterfläche Bestimmung zu treffen oder die Festsetzung solcher Maße durch die höheren Verwaltungsbehörden ausdrücklich vorzuschreiben. Nach der Ansicht des Entwurfs sollen in dieser Beziehung die in den einzelnen Bezirken etwa bestehenden Vorschriften nicht berührt werden. Ebenso soll auch für die Zukunft das Recht der zuständigen Behörden, die Frage im polizeilichen Wege zu regeln, unberührt bleiben.

3. Die Bestimmungen über die Beschaffenheit und Einrichtung der den Gehilfen und Lehrlingen vom Arbeitgeber zugewiesenen Schlafräume werden im Wege einer auf Grund des § 120a Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung zu erlassenden Verordnung des Bundesrats nur getroffen werden können, wenn diese Räume, nach den eigenartigen Verhältnissen im Bäckerei- und Konditorgewerbe als Arbeitsräume im Sinne des § 120a des Gesetzes angesprochen werden können. Indem in dieser Beziehung auf das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 15. November v. J. und die vielfach — insbesondere auch gelegentlich der letzten Ausstufbewegung der Berliner Bäckergehilfen — von den Unternehmern aufgestellte Behauptung verwiesen wird, daß die Unterbringung der Gehilfen und Lehrlinge beim Meister mit Rücksicht auf die Eigenart des Bäckereibetriebes zur ordnungsmäßigen Durchführung des Betriebes unerlässlich sei, bedarf es der Erörterung, ob es nach den Verhältnissen der einzelnen Bezirke geboten erscheint, die vom Meister gewährten Schlafräume der Gehilfen und Lehrlinge als Arbeitsräume im Sinne des § 120a der G.-O. anzusehen.

Bei der „Reform“ soll nicht mehr die zulässige Arbeitszeit festgelegt werden, sondern nur die Ruhezeit für die Bäckereiarbeiter wird bestimmt. Nach Abzug der festgesetzten Ruhezeit verbleibt den Gesellen eine Arbeitszeit bis zu 15 Stunden einschließlich einer Stunde Pause, den Lehrlingen unter 16 Jahren bis zu 13 Stunden. An Samstagen und an 20 sonstigen Tagen im Jahre können die Gesellen bis zu 17 Stunden, die Lehrlinge bis zu 15 Stunden eingespannt werden. Das ist auch der Kernpunkt der „Reform“: die Beseitigung des 12stündigen Arbeitstages. O herrliche, deutsche Sozialpolitik!

## Rundschau.

Arbeitersekretariate bestehen z. B. in folgenden Orten:

- Altenburg (S.-A.), Unterm Schlosse 1.
- Altona, Große Bergstr. 204L.
- Beuthen (O.-S.), Schleichhauserstr. 6.
- Bremen, Osterhofstr. 26L.
- Breslau, Messergasse 18/19L.
- Darmstadt, Elisabethstr. 81.
- Frankfurt a. M., Schnurgasse 45L.
- Freiburg i. B., Engelbergerstr. 9L.
- Halle a. S., Geiststr. 21.
- Hamburg, Pferdemarkt 23L.
- Hannover, Keimstr. 17.
- Hildesheim, Judenstr. 5.
- Jena, Saalbaustr. 3.
- Mannheim, S. 3, 10.
- Mühlheim a. Main, Wiesenstr. 3.
- München, Pfarthorplatz 6.
- Nürnberg, Eggenplatz 22.
- Pforzheim, St. Georgenstr. 43.
- Posen, Grünstr. 7.
- Striegau, Annengasse 4.
- Stuttgart, Ehlingerstr. 17/19.
- Tuttlingen, Schaffhäuserstr. 24.
- Waldenburg i. Schl., Töpferstr. 1.

In der Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses haben im Monat September 1393 Personen 5830 mal übernachtet. Von den 1265 im September Zugereisten waren 1068 organisiert. An 24 Tagen waren sämtliche Betten besetzt, so daß nicht alle Zureisenden aufgenommen werden konnten. Bäder wurden 1908 verarbeitet, während der Desinfektionsapparat 19mal in Tätigkeit trat. Am stärksten waren unter den Herbergsgästen vertreten Tischler 219, Buchdrucker 119, Schlosser 85, Schneider 78, Arbeiter 51, Bildhauer 45. Ferner logierten im Gewerkschaftshaus 2 Landwirte, 2 Fabrikanten, 1 Ingenieur und 1 Chemiker.

Seine neutralen Gewerkschaften wollen die preussischen Bischöfe haben. Wie sich erst jetzt herausstellt, wurde auf einer in Fulda diesen Sommer tagenden Bischofskonferenz in einem Firtenbrief erklärt: Es sei irrig zu behaupten, daß wirtschaftliche Bestrebungen, z. B. die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, mit der Religion nicht zu thun haben. Es sei ein Irrtum, eingegeben von dem ungeduldigen Verlangen, die Wünsche der arbeitenden Klassen rascher zum Ziele zu führen, der unter dem Schein einer kraftlosen, natürlichen Religion die Grundzüge des katholischen Glaubens aus den wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter verbannen will. Was werden hierzu die Führer des christlichen Bergarbeiter-Verbandes sagen, die gegenwärtig mit dem alten, sogenannten sozialdemokratischen Bergarbeiter-Verband bei den bevorstehenden Knappschaftswahlen Hand in

Hand gehen? Werden die katholischen Arbeiter sich diese Bevormundung gefallen lassen?

**Christlicher Unternehmerrassismus.** Aus Borg-horst i. W. wird der „Frankf. Stg.“ geschrieben: Gegen die hiesige Ortsgruppe des „Verbandes christlicher Textilarbeiter Westfalens“, die sich kürzlich gebildet hatte, haben die Fabrikanten folgende Bekanntmachung erlassen: „Um das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern nicht zu stören, haben sämtliche Firmen beschloffen, fernerhin kein Mitglied des christlichen Textilarbeiter-Verbandes mehr zu beschäftigen.“ Der Erfolg war, daß sämtliche Arbeiter aus der jungen Organisation austraten. Interessant ist, daß die hiesigen Fabrikanten „gut katholisch“ sind.

**Auf dem internationalen Arbeiter- u. Sozialistenkongress**, der Ende September in Paris tagte, wurde die Einsetzung eines permanenten internationalen Komitees mit dem Sitz in Brüssel und die Errichtung einer internationalen Bibliothek und eines Archivs beschlossen. Wir heben ferner aus den gefassten Beschlüssen noch folgende die Gewerkschaften berührende hervor. In Bezug auf den Generalstreik: Daß der Kongress, obwohl er Streiks und Boykotts für notwendige Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Arbeiterklasse hält, die Möglichkeit für einen Generalstreik nicht gegeben sieht, weil die erste und wichtigste Vorbedingung fehlt: eine umfangreiche und starke gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen in den Ländern, die besonders nach dem Generalstreik drängen. Die Demonstrationen am 1. Mai sollen in allen Ländern wie bisher veranstaltet werden. Ueberhaupt soll mit aller Energie für den gesetzlichen achtstündigen Maximalarbeitstag propagiert werden und zwar durch gleichzeitige Aktionen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Die Forderung, auch einen Minimallohn durch Gesetz allgemein festzulegen, wurde abgelehnt und erklärt, daß ein solcher sehr wohl durch starke Gewerkschaften erzwungen werden könne. Weitere Beschlüsse haben Bezug auf die Seeleute und Transportarbeiter, die Kartelle (Trusts) de Unternehmerklasse u. a. m.

## Aus anderen Berufen und Organisationen.

**Ein internationaler Hutmacherkongress**, der vierte seiner Art, tagte vom 20. bis 22. September in der Pariser Arbeiterbörse. Aus den Berichten der Delegierten ist zu entnehmen, daß außer den nicht vertretenen Engländern die deutschen und österreichischen Hutmacher am besten organisiert sind. Gegen die Südkarbeit wurde eine Resolution angenommen, in der auch ausgedrückt war, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Einführung von Minimallohntarifen sei anzustreben. Die Gründung einer internationalen Streikkasse wurde abgelehnt und für die internationale Verbindung das alte Statut auf's Neue sanktioniert. Bei größeren Streiks, die ein Land nicht aus eigenen Kräften weiterführen kann, soll der internationale Sekretär in den am internationalen Hutmacherverband beteiligten Ländern Sammlungen veranstalten. Die Reiseunterstützung wird insofern geregelt, als in jedem Lande festgesetzt und veröffentlicht wird, wie viel es in irgendwelcher Form Unterstützung gibt und wo sie ausbezahlt wird. Als Sitz des internationalen Sekretariats wurde Paris und an Stelle des internationalen Sekretärs Dejeante J. Espanet gewählt. Landesorganisationen, die bis 1. Januar 1901 dem Bande nicht beitreten, werden von da ab nicht mehr anerkannt. Die Beiträge zur Beirteilung der Ausgaben des Sekretariats betragen pro Mitglied und Jahr 10 S und werden vom 1. Oktober 1900 an berechnet. Der nächste internationale Hutmacherkongress tagt dort, wo der sozialistische Arbeiterkongress abgehalten wird, ist aber mehrere Tage vor oder nach demselben einzuberufen.

**Der fünfte internationale Tabakarbeiterkongress** wurde vom 30. September bis 5. Oktober in Paris abgehalten. Es waren Delegierte anwesend aus Belgien, Frankreich, Holland, England, Luxemburg und Dänemark. Nicht vertreten waren Deutschland, Schweden und die Schweiz. Aus allen Ländern wurden ausführliche Berichte über die Geschäftslage und die Lage der Organisation gegeben. Ueber die obligatorische Streikunterstützung wurde lange diskutiert; die Frage soll allenthalben zur Diskussion gestellt werden und auf dem nächsten internationalen Kongress, der 1903 in Amsterdam abgehalten wird, ihre definitive Lösung finden.

**Die Transportarbeiter** hielten ihren internationalen Kongress in der Arbeiterbörse in Paris vom 19.—21. September ab und war Deutschland durch fünf Delegierte vertreten. Der wichtigste unter den gefassten Beschlüssen betrifft die internationale Organisation. Er hat folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß mit der heftigen Produktionsweise und der hiermit in Verbindung stehenden Konkurrenz der Nationen für eine internationale Organisation von selbst gegeben ist,

beschließt der Kongress, auch für die Transportarbeiter aller Länder eine internationale Organisation anzustreben; diese internationale Organisation muß jedoch mit Rücksicht auf die verschiedene Vereinsgesetzgebung der einzelnen Länder eine lose sein. Die Organisationsform ist wie folgt gedacht:

Der Kongress als oberste Instanz der internationalen Organisation setzt ein internationales Komitee ein. Dieses internationale Komitee hat in ständige Verbindung mit den verschiedenen nationalen Komitees zu treten, gegenseitig Situationsberichte auszutauschen u. Als Hauptaufgabe gilt jedoch, Sorge zu tragen für Agitation zur Gründung von Organisationen in solchen Ländern, wo noch keine Organisationen vorhanden resp. die bestehenden schwachen hilfsbedürftig sind.

Zur Unterhaltung dieses internationalen Komitees haben sämtliche nationalen Berufsorganisationen einen Jahresbeitrag von 1/2 Penny pro Mitglied an dasselbe zu zahlen. Die Beiträge sind vierteljährlich zu leisten.

Das internationale Komitee hat den einzelnen Organisationen über die Einnahmen und Ausgaben sowohl pro Quartal als auch pro Jahr pünktlich einen genauen Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung der geschäftlichen Arbeiten des internationalen Komitees ist für dasselbe ein befohlener Sekretär anzustellen.“

## Gerichts-Zeitung.

**Zeugengebühren an gewerbliche Arbeiter.** Seit Inkrafttreten des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches haben mehrere Gerichte den Gewerbegehilfen die Zahlung von Zeugengebühren verweigert, da nach einer Vorschrift des B. G. B. die Arbeitgeber während unverschuldeten Fernbleibens des Arbeiters von der Arbeit zur Weiterzahlung des Lohnes verpflichtet sind. Die Entscheidungen haben vielfach Bedenken erregt, die auch von einzelnen Gerichten geteilt werden.

Das Braunschweiger Landgericht hat eine für die Bevollmächtigung von Zeugengebühren an Arbeiter wichtige Entscheidung gefällt. Ein Gewerbegehilfe war vom Gericht als Zeuge geladen und vernommen worden und hatte dafür die gesetzlich festgesetzten Zeugengebühren für Zeit- und Wohnverlust beansprucht. Das Amtsgericht wies seine Forderung ab, weil nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch der Gewerbegehilfe auch für die Zeit seiner Vernehmung und des erforderlichen Hin- und Rückweges von seinem Arbeitgeber Lohn beanspruchen könne, mithin durch seine mit der Zeugenvernehmung verknüpfte Arbeitsverhinderung einen ersatzfähigen Lohnausfall nicht gehabt habe. Auf die über diese Gebührenverweigerung an das Landgericht eingelegte Beschwerde hat das letztere nunmehr entschieden, daß die Zahlungsverweigerung rechtsirrtümlich sei, und ordnete nachträglich die Zahlung der berechneten Zeugengebühren an. In der Begründung dieses Urteils führt das Landgericht aus, daß die betreffende Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches den Zweck verfolge, die zu Diensten oder Arbeiten verpflichteten Personen, als die wirtschaftlich Schwächeren, zu Lasten ihrer Dienstherrn oder Arbeitgeber, als der wirtschaftlich Stärkeren, vor unverschuldeten kleineren Lohnausfällen zu bewahren, daß aber die Weigerung der Gerichte, den zu Diensten oder Arbeiten verpflichteten Personen Zeugengebühren zu zahlen, darauf hinauslaufen würde, die dem Staate gesetzlich obliegende Pflicht zur Zahlung von Zeugengebühren auf die Schultern der Dienstherrn oder Arbeitgeber, die doch im Vergleiche zum Staate die wirtschaftlich Schwächeren seien, abzuwälzen. Solche Auffassung sei unhaltbar, und die fragliche Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches könne sich deshalb auf Beitragsverweigerung und Lohnverluste durch Zeugenvernehmung nicht erstrecken.

## Litterarisches.

Von dem im Verlage von J. F. W. Diez Nachf. erscheinenden Lieferungswerk: **Gesundheitslehre in Staat und Familie und Familie**, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Wurm, 1. Heft 9 und 10 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Atmung. — Stimme und Sprache. — Stetler und Muskel. — Die Muskelpflege (Gymnastik und Massage). — Außerdem enthält Heft 10 eine Doppeltafel, auf welcher die Zimmergymnastik (nach Schreiber) durch 23 Abbildungen veranschaulicht wird. Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 S erscheinen und in 25 Heften komplet vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolportage entgegen.

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgart, Diez' Verlag) ist jenseits das 1. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Chinapolitik und Achtmarkgold. — Ein Brief Bakunins an Marx. — Die Aussichten des Arbeiterkampfes. — Von A. Rautsch. — Die englischen Wahlen. — Von Jakob Brodke. — Bagabonden. — Von D. Wack. — Berliner Theater. — Litterarisches Rundschau: Hans Lindau, Johanna Gottlieb Fichte und der moderne Sozialismus. — Jeanne Warrn. — Stille Existenzen; Pariser Droschken. — Notizen: Die Weltproduktion von Gold. — Feuilleton: Sprache und Königtum. — Von Dr. M. Freudenberger.

## Briefkasten.

**J. S. Ogersheim.** Wegen rückständigen Beiträgen ausgeschlossene Mitglieder veröffentlichen wir nicht. **Sämtliche Korrespondenzen**, die nach dem 14. Oktbr. eingingen, mußten zurückgestellt werden.

## Verbands-Anzeigen.

### Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

**Altötting.** Samstag, 27. Oktober, Abends 8 Uhr, im Gasthof von Wagner.

**Ischersleben.** Sonnabend, den 27. Oktober, Abends 8 Uhr, in Schröbers Lokal.

**Baden-Baden.** Am 27. Oktober, im „Bratwurstdödle“, Steinstraße.

**Garum.** Samstag, 27. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlamentstr. 5. Vortrag des Herrn Dr. Rubensohn: Die Berufskrankheiten der Metallarbeiter, ihre Entstehung und Heilung. Abrechnung vom 2. Quartal und Stiftungsfest.

**Seruburg.** Sonnabend, 27. Oktober, Steinstraße 4.

**Stiefelsfeld.** Am 27. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Lokal des Herrn Rahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

**Bremen.** Sonntag, 28. Oktober, Vorm. halb 10 Uhr im Vereinshaus, Hankenstraße 21/22.

**Erwig i. Schl.** Sonnabend, den 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr, in der „Grünen Linde“, Mollwigerstraße.

**Crimmitschau.** Sonnabend, den 27. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Bahlabend bei Ahnert. — Sonntag, 28. Oktober, Ausflug nach Meerane. Sammeln halb 1 Uhr Bergschützen, Pletsch, Gablenger Berg; Abmarsch 1 1/2 Uhr.

**Bessau.** Sonnabend, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im „Burgkeller“, Amalienstraße. Vortrag: Ueber die Gangeschwindsucht. Referent: Naturheilkundl. Pring. Abrechnung vom 2. Quartal. Wahl von Unterleitern.

**Dortmund.** (Sektion der Klempner u. Installateure.) Samstag, 27. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Grüper, Stübengasse 4. Bericht und Neuwahl der Arbeitsnachweis-Kommission. — Beim Wohnungswechsel ist die Adresse sofort der Ortsverwaltung zu melden.

**Duisburg.** (Sektion der Klempner.) Jeden Dienstag vor dem 1. und 15. des Monats im „Hof von Holland“, Oberstraße 6.

**Durlach.** Samstag, 27. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Alten Frik“.

**Hülfeldorf.** (Sektion der Feilenhauer.) Sonntag, 28. Oktober, Nachm. 4 Uhr, bei Schlämer, Breitestr. 15.

**Hülfeldorf.** (Sektion der Schmiede.) Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends halb 9 Uhr, bei Adams, Oberstr. 171.

**Eberswalde.** Jeden Sonntagabend vor dem ersten des Monats.

**Essen.** (Sektion der Klempner.) Samstag, 27. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Menke, Kastanienallee 68.

**Essfurt.** (Allg.) Sonnabend, 27. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum „Gottardt“, Gottardtstr. 46.

**Finkenwalde.** Jeden Sonntagabend vor dem 1. und 15. im Monat im Gasthof zum „Stern“.

**Frankenthal.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr, bei Wargand, Welfengasse 83. Abrechnung vom 2. Quartal. Die diesjährige Gewerbesteuerwahl.

**Frankfurt a. M. - Bockenheimer.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Frankfurt a. M. - Sachsenheim.** Samstag, 20. Oktober, Abends halb 9 Uhr für Spengler und Installateure bei Stein, St. Eichenheimerstraße 23; für den Bezirk Bockenheimer im „Ablen“, Frankfurterstr. 53. Vortrag von Kollegen Beckmann: „Paris und die Weltausstellung“.

**Bremerhaven.** (Feilenarbeiter.) Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Fr. Richter, Bremerhaven, Grabenstraße 61. Für Organisierte beträgt das Geschenk 1 Mark, für Nichtorganisierte 25 Pfg. Umschauen ist streng verboten.

**Frankfurt a. M.** Das Sozialgesetz wird von jetzt ab nur noch an ausgezeuerte und noch nicht bezugsberechtigte Kollegen ausgezahlt, welche mindestens 26 Wochenbeiträge geleistet haben.

**Görlitz.** Den Beitragsamtlern sind die Mitgliedsbücher zur Revision auszuhändigen.

**Görlitz.** Arbeitsnachweis für sämtliche Metallarbeiter beim Kollegen Bernh. Zimmermann, Ernststr. 500. Sprechstunde Mittag 12—1 Uhr, Abends 6—7 Uhr, Sonntags Vormittags 9—10 Uhr. Umschauen streng verboten.

**Stettin u. Jang.** Gewerkschaftsherberge R. Stellmacher, Bismarckstraße 10, Zentrallokal der Gewerkschaften. — Reisegeld und Kontrolle der Arbeitslosen bei Gg. Voigt, St. Ritterstraße 7. Ansuchen können sich die Arbeitslosen bei Franz Gogoh, Konsumverein, Martinstraße 12 melden.

**Baden-Baden.** Am 28. Oktober 1. Stiftungsfeier in „Hets Saalbau“, Vichtenthal. Theater, Gesang und Tanz, Kollegen der Umgegend sind eingeladen.

**Berlin.** Sonnabend, 8. November, im Gewerkschaftshaus Herbstergnügen für die Werkstattdarstellungspersonen des Verbandes. Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters. Vorträge des Berliner Männer-Doppelquartetts Harmonie und des Bildhauer-Trio. Nachdem Ball. Beginn des Konzerts präzis halb 9 Uhr. Während desselben bleiben die Türen geschlossen und ist das Rauchen verboten. Entree inkl. Garderobe und Tanz 50 Pfg. Billets sind bei den Kassirern und im Verbandsbureau erhältlich.

**Berlin.** Am 11. und 25. November, Vormittags 9 Uhr finden für unsere Mitglieder in der „Urania“, Taubenstraße Vorstellungen statt. Am 1. November gelangt zur Ausführung: „Paris und die Weltausstellung“. Preis des Billets inkl. Garderobe 50 Pfg. Am 25. November gelangt zur Ausführung: „Auf den Wogen des Ozeans“. Preis des Billets inkl. Garderobe 70 Pfg. Billets sind bei den Kassirern und im Verbandsbureau zu haben.

**Darmstadt.** Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich bei Kollege Franz Frenzel, Kiesstraße 18. Sprechzeit Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 7—8 Uhr. Umschauen ist streng verboten.

**München.** Wir eruchen die Ortsverwaltungen und Kenntnis von dem Aufenthalt des Kollegen Georg Oberst, Metallformer, geb. zu Erlangen, B.-Nr. 288435 zu geben. Verwaltung München, Zweibrückenstr. 20, 1. Kohleninsel.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Wienstadt i. M.** Der Rieter Ferd. Kayser aus Wübel, B.-Nr. 297779 wird hiermit aufgefordert seinen Verpflichtungen der Ortsverwaltung gegenüber nachzukommen, widrigenfalls sein Ausschluss aus dem Verband beantragt wird.

**Lebensversicherung.** Allorts suche Herren, welche den Betrieb hochleg. Neuh. nebenbei übernehmen. Vorzüglicher Weihnachts-Artikel. Prospekte gratis und franko. [110] Herm. Wolf, Zwicken i. Sa., Bismarckstraße.

**Chrenzerklärung.** Die Beleidigung, die ich dem Schlosser Wilh. Münch zugefügt habe, nehme ich zurück. Alfred Schenke. [118]

**Zeugsmied** gesucht für Brennfelsen und Bohrer. H. Kasper, Werkzeug-Fabrik, München, Rummelstraße 32. Baden: Thal 41. [119]

**Cigarren.**

Ausser unserer nebenstehenden Spezialmarke Delicado à Mk. 3.50 empfehlen wir noch einige andere sehr beliebte Sorten:

Maiglöckchen	Mk. 2.50
Marke Tip Top	3.—
Moine Sorte	3.25
do. 800 Stück free.	9.—
Cabinet	3.50
Marke Triumph	3.75
La Costa	4.—
Felicia	4.50
La Cubana	4.50
Ausschuss III B	5.—
Spezial-Marke R. u. F.	5.00
Castillo, St. Mexico	6.—
Deli Maatschy	6.—

**Ausführliche Preisliste franco**

Versandt nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei, bei 1000 Stück 5 Proz. Rabatt.

Nichtzusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.

**Rauscher & Fabisch,**  
Lieferanten zahlreicher Beamten-Vereine u. Fabrikantinnen.  
Berlin NW. 64  
Friedrichstrasse 94,  
Fabrikgebäude 1. Et. [114]

100 Stück Mk. 3.50

Kein Ladengeschäft.

Zweite verbesserte und vergrößerte Auflage

**Der Metallarbeiter.**

Handbuch für Dreher und Schlosser, enth. Anleitung zum Bohren, Drehen und Fräsen, sämtliche Gewindeberechnungen nach Whitworth und Millimeter-Steigung, sowie dazu gehörigen Tabellen über alle gängbaren Gewinde, Berechnungen z. konisch Drehen mittels Reithod u. Support, sowie Berechnen zum Fräsen von Zahnrädern u. Ueberlegungen von Riemenscheiben und Vorgelege. Konstruktion von Zahnrädern und vieles andere. [64]

Viele Anerkennungen. Zu beziehen durch

**Const. Haas, Köln-Schrenfeld,**  
Piusstraße 2a.

1 Stück M 1.80 (auch in Briefmarken) oder per Nachnahme M 2.—, 2 St. 3.60, 3 St. 5.40, 5 St. 8.20 und 10 St. 16.— bei freier Zusendung. Bei 10 St. 1 Freigepost.

**Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.** Allein Verkauf. Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Hinten und vorn am Bund aus einem Stücke gearbeitet. Nietknöpfe und Kappnähte. Feine Leder-Bilottaschen. Die Hose 4 Mk. 50 (Bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk.)

Gründerhose	1. M 90	Malermittel in Reinen-
Gründerhose	1. M 50	Art
Gründerhose	1. M 50	Mechanikermittel (braun) 2. M 40
Gründerhose	1. M 50	Dreih. Zucht, Prima Ware
Gründerhose	1. M 50	gelbweiß, gut in der
Gründerhose	1. M 50	Wäsche 3.— 2. M 25
Gründerhose	1. M 50	Dreih. Hosen, Prima Ware
Gründerhose	1. M 50	gelbweiß, gut in der
Gründerhose	1. M 50	Wäsche 2. M 50 1. M 75

**Berlin Baer Sohn Berlin**  
En gros  
Fräckerstraße 11. Chausseestraße 24a.  
En detail  
Gr. Frankfurterstraße 20.  
Die 16. Preisliste über gesamte Herren- und Knaben- bekleidung wird gratis und franko verschickt. [104]  
Versandt von 20 Mk an franko. — Bei Bestellungen ge- nügt Angabe der Brust- und Bundweite und Schrittlänge.

**Öffentliche Versammlungen.**

**Altenburg.** Sonnabend, 20. Oktober, Abends halb 8 Uhr öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im „Waldschloßchen“. Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und ihr Einfluß auf die Verhältnisse in der hiesigen Metallindustrie. Referent: Redakteur Stücken.

**Wurzen.** Sonnabend, 20. Oktober, Abends 9 Uhr in der „Stadt Wien“ öffentliche Versammlung.

**Privat-Anzeigen**

Inserate werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Der Preis für die dreizehnpaltige Petitzeile beträgt 50 Pfg.

Unvergleichlich bekannt laut vielen Anerkennungs-schreiben nach

**Gammordinger's Optima-Pfeifen**

D. R. G. M.

in kürzester Zeit der Bekanntschaft vieler Raucher geworden, durch ihre Eleganz u. unerreichbare Konstruktions (schraubenlinienartig und kreisförmig beschichtetem Raucherkanal) eine lange Pfeife vollkommen erzeugend, da sich der Tabak bis zum letzten Korn trocken, kühl und angenehm rauchen läßt.

Preis der Pfeife M 2.50.  
Preis pro Zigarettenspitze M 1.50.

Bericht gegen Nachnahme oder Vorausbezahlung des Betrags. Nichtgefallendes anstandslos zurück, daher kein Risiko für den Besteller. Seil. angeben ob gefügt oder gerade, große oder kleine Façon gewünscht